

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Die Posthalter, für Berlin alle Zeitungs-Expeditionen, nehmen Bestellungen an. — Inzerate pro Zeile: Geschäftsanng. 25 Pf., Familienanng. 15 Pf., Vereinsnachrichten 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von
Dr. Max Hirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzuweisen sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 18.

Berlin, 5. Mai 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der große moralische Erfolg. — Schon wieder ein Hirsch-Dunder'scher Verrath. — 12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Stuhl- (Kerzil-) Arbeiter. — Zweiter Delegirtenstag des Gewerksvereins der Deutschen Frauen. — Wochenchau. — Delegirtenstag des Süddeutschen Ausbreitungsverbandes. — Mitteldeutscher Ausbreitungsverband. — Gewerksvereins-Theil. — Verbands-Theil. — Anzeigen-Theil.

Der große moralische Erfolg.

den die Deutschen Gewerksvereine beim Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet dadurch errangen, daß auch die anderen Organisationen der partei- und kirchenpolitischen Bevormundung entsagten und auf dem Boden praktischer Gewerksvereinspolitik einmütig zusammenstanden, läßt die „Zielbewußten“ unter den Gewerkschaftlern nicht mehr ruhig schlafen. Von den Wirkungen des einmütigen Zusammengehens im Ruhrgebiet fürchten sie eine „Verstümpelung der Gewerkschaftsbewegung“ und die „Abkehr von der sozialdemokratischen Partei“. Das muß verhütet werden und so sucht man mit vielem Fleiß nach Angriffen auf die Deutschen Gewerksvereine, um den gewerkschaftlich organisierten Theil der Arbeiter recht graulich vor jenen zu machen. Und haben sie dann irgendwo eine Niedertracht gegen die Gewerksvereine eronnen, dann gehen die Angriffe in spaltenlangen Artikeln durch die gesammte sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse.

Da liegen nun wieder zwei Fälle vor, in welchen die Gewerksvereine „Verrath“ geübt haben sollen. Zuerst beim **Weißenfelder Schuhmacherstreik**. Die Gewerksvereiner in Weißenfels aber haben ihre volle Pflicht und Schuldigkeit gethan! Es war daher dem Hauptvorstand des Gewerksvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter keine Schwierigkeit, die unsinnigen Angriffe auf die Gewerksvereine zurückzuweisen. Dies geschieht in einem besonderen Artikel, den wir in unserer heutigen Nummer zum Abdruck bringen.

Der zweite „Verrath“ soll von den im Gewerksverein organisierten **Kesselschmieden in Dortmund** verübt worden sein. In Dortmund haben die Metallarbeiterverbändler eine Bewegung eingeleitet, die zu einem allgemeinen Streik der Kesselschmiede führen sollte. Unser D.-B. der Maschinenbauer wurde erst benachrichtigt, als alle Vorbereitungen bereits getroffen waren. Da machten unsere Verbandsgenossen ganz mit Recht den Einwand geltend, daß sie gar nicht in der Lage seien, ihre Zustimmung kurzer Hand zu geben, sie müßten zuerst die Forderungen selbst kennen lernen und darüber berathen können. Sie beantragten daher, die Versammlung wenigstens um 24 Stunden zu vertagen. Der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, den der Ruhm des Generals der Niederlagen, Cohen in Berlin, nicht ruhen läßt, verlangte die Ablehnung dieses Antrages, da es auf die „par Hirsch, die den Kohl nicht fett machten, gar nicht ankomme“. Als dann in einer späteren Versammlung unser Agitationsleiter Lange den Standpunkt der Gewerksvereine vertreten wollte, wurde er wieder nach dem Muster traurigen Ruhms zur Thür hinausgewiesen. Nun war es selbstverständlich, daß unsere Verbandsgenossen selbstständig vorgingen, eigene Forderungen einreichten, und die Verbändler, die es nicht anders haben wollten, nicht mehr daran hinderten, sich die Köpfe einzurennen. Bei derjenigen Firma, in welcher die Gewerksvereiner in größerer Zahl vertreten

sind, nämlich bei Schäfer in Corne, wurden die Gewerksvereinsforderungen eingereicht, und bewilligte die Firma darauf Folgendes:

1. Ausarbeitung einer neuen Arbeitsordnung mit Hinzugliederung der Arbeiter;
2. die Kündigung des Arbeitsverhältnisses kann jeder Zeit stattfinden (früher nur an einem bestimmten Tage im Monat);
3. die Korb-sätze werden vorher vereinbart und ausgehangen, damit Einwendungen später nicht gemacht werden können;
4. die Montagezulage bleibt wie bisher bestehen;
5. Anerkennung und Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Wählbar sind die Arbeiter, die mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind.

Eine Lohnzulage von 20 Pfg. pro Schicht war vorausgegangen. In Zukunft soll der Arbeiterausschuß die Lohnfrage regeln. In geheimer Abstimmung erklärten sich die Gewerksvereiner mit diesen Zugeständnissen einverstanden.

Bei der Firma Schwarz & Co. in Brackel sollte vorgegangen werden wegen angeblicher Maßregelung eines Schreiners. Auch hier verweigerte man uns den Eintritt in die Kommission. Die Verbändler verlangten u. A. auch die Entlassung eines Werkmeisters und gaben dem Fabrikanten einen ganzen halben Tag Ueberlegungsfrist. Man wußte nicht einmal, ob der Fabrikant überhaupt anwesend war, um innerhalb dieser Frist eine Antwort geben zu können.

Unser Bezirksleiter Lange konnte die Verantwortung für diesen Schritt nicht übernehmen und warnte vor dem Kontraktbruch. Er erklärte: „Es sei besser, den angeblich Gemäßigten 14 Tage zu unterstehen, als die Schwierigkeiten herbeizuführen, die der Kontraktbruch für einen Streik mit sich brächte. Obendrein müßten die Kollegen alle unterstützt werden. Die Zeit der Kündigung müße unter allen Umständen eingehalten werden, diese Zeit könne zu Verhandlungen benutzt werden.“ Diese Mahnung beantwortete ein Verbändler mit dem Rathe zur Unwahrheit: „Die Arbeiter sollten sich alle unbestimmten Urlaub nehmen.“ Nachdem der Beschluß, die Arbeit niederzuliegen, gefaßt war (die Gewerksvereiner enthielten sich der Stimme), kannte der Größenwahnsinn und Fanatismus des Führers vom Metallarbeiterverband, Alb. Großklaus-Dortmund, keine Grenzen mehr, er schimpfte auf die Gewerksvereine in ganz gemeiner Weise, jedes Mittel, Lüge und Verdröhung war diesem „großen“ Führer recht, um die Gewerksvereine zu verächtigen. Der Vorstehende ahnte sicher die Antwort Langes, der sich nochmal zum Wort gemeldet hatte, und schloß, trotz des Protestes der Gewerksvereiner, die Versammlung.

Das nennt man bei jenen Leuten Ehrlichkeit, bei rechtsdenkenden Arbeitern aber Freigebigkeit! So sahen sich die Gewerksvereiner auch hier, wo sie in jedem anderen Falle, ehrlich mitkämpfen wollten, genöthigt, mit jenen Leuten die Gemeinschaft abzubrechen; Anstand und Bildung der Gewerksvereinskollegen ließen es nicht zu, noch länger zu bleiben, besonders, da es wie hier, in eine Schlägerei auszuarten drohte. Von den Unternehmern fordert man Anerkennung der Organisation, und die eigene Bruderorganisation will man schmählich an die Wand drücken!

Die Firma gab auf eine Anfrage die Auskunft, daß der betreffende Schreiner nicht gemäßigelt worden, sondern es sei ihm ordnungsgemäß gekündigt worden, weil er zwei Tage ohne Urlaub von der Arbeit fortblieb. Die hier gestellten Forderungen der Gewerksvereiner waren schon theilweis bewilligt und über das Weitere schwebten noch Verhandlungen, da erklärten die Verbändler plötzlich, die Arbeit wieder bedingungslos aufzunehmen zu wollen!

Man merkte: „Die Gewerksvereiner lassen sich nicht niederknüppeln! Wir stehen unjern Mann“. Will man die Gewerks-

Herr Fleischer brachte uns in seinem Vortrag die Arbeiterbewegung von der patriarchalischen Zeit der 40er Jahre vorigen Jahrhunderts und von der Gründung der ersten Arbeiterverbände und Berufsorganisationen vor. Ferner stellte er uns Beispiele dar, wie sie heute zu Tage häufig vorkommen und zeigte uns, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Der Vortrag, welcher mit größtem Interesse verfolgt wurde, fand reichen Beifall. An der freien Diskussion beteiligten sich etliche der Anwesenden, von denen der Eine den Wunsch ausdrückte, es möchten die beiden hier existierenden Verbände, der Hirsch-Dunker'sche und der Centralverband der Bauhandwerker, sich gut vertragen, denn nur dadurch sei eine ersprießliche Arbeit auf organisatorischem Gebiete zum Wohle Aller möglich. Ein weiterer Diskussionsredner wies an der Hand statistischen Materials nach, daß ein Bauhandwerker bei jährlich 260 Arbeitstagen und dem Maximallohn von 30 Pfg. pro Stunde bei zehntätigiger Arbeitszeit täglich auf einen Durchschnittsverdienst von 1,98 Mk. zu stehen komme, und warf die Frage auf, wie es möglich sei, mit diesem Lohn eine Familie mit 3 Kindern reichhaltig zu ernähren. Nach längerer Diskussion nahm Herr Fleischer das Schlusswort, in welchem er sich noch mit den allgemeinen Verhältnissen der hiesigen Bauhandwerker beschäftigte.

Hans Röttinger, Schriftführer.

Verbands-Zeitung

* Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).

Abrechnung über eingegangene Spenden für die streikenden Bergarbeiter und andere durch den Streik ausgeperrte Arbeiter.

An eingelangte Spenden 45 046,20 Mk. Summa 45 046,20 Mk.
 Per Streikunterstützung 44 373,19 Mk. Vertretung und Leitung während des Streiks 396,00 Mk., Druckfachen 199,66 Mk., Post-Abtrag 77,35 Mk.
 Summa 45 046,20 Mk.

Berlin, den 20. April 1905.

H. Klein, Verbandskassier.

I. Luittung

Aber die Sammlung für die streikenden Schuhmacher zu Weizenfels.

Vom 10. bis 22. April gingen folgende Spenden ein: Von den Ortsvereinen der Maschinenbau- und Metallarbeiter: Weiskau 5,00, Cotta-Dresden 5,00, Dörfeldorf-Dörfel 5,00, Altenburg 5,00, Plauen 5,74, Kiel 5,00, Altona 5,00, Charlottenburg 20,00, Lübeck 5,00, Butzha 1,10, Köpfbütte 3,10, Attenborn 3,70, Dresden 11,00, Berlin II 10,00, Canstatt 10,00, Leipzig-Gohlis IV 4,25, Berlin X 6,25, Dresden III 16,00, Wilsbau 5,00, Barmen 10,00, Wolgast 5,86, Apolda 5,00, Bunsau 3,00, Pilsnis 3,80, Stegitz 9,45, Dörfeldorf III 8,00, Leipzig II 5,00, Jülich 1,90, Berlin XI 4,20, Vermathe 3,70, Frankfurt a. Main 10,00, Dortmund III 7,80, Hemer 5,00, Berlin IV 10,00, Bernsdorf 2,50, Klein-Naich 4,05, Götzen 10,00, Stegen 5,00, Klemmner und Metallarbeiter: Berlin II 18,05, Bromberg 2,00, Gelsenkirchen I 10,00, Augsburg 5,00, Wildau 5,00, Fabrik- und Handarbeiter: Tautba 5,70, Wenne 6,00, Charlottenburg 2,00, Hohenmölsen 6,00, Sagan 3,00, Bitterfeld 4,00, Magdeburg 10,00, Gütlich 4,00, Brüg 3,90, Berlin VII (Branerei-Gilfsarbeiter) 8,55, Wildenhain 10,20, Berlin V 6,05, Tischer: Lindenau 5,00, Schwelm 5,00, Berlin Erster 5,75, Altwasser 1,60, Finsterwalde 2,55, Schmölln 6,55, Jülich 8,00; Schuhmacher und Lederarbeiter: Paderborn 10,00, Leipzig 14,00, Grundenz 6,25, Thorn 14,10, Bochum 6,50, Neumarck 4,05, Biberach 13,50, Köln-Deuz 5,80, Schweinfurt 6,50, Schuhfabrik Goldmann-Berlin 4,05; Bauhandwerker: Posen

13,00, Magdeburg-Rensdorf 9,15; Stuhlarbeiter: Erlangen 5,00, Lannhauen 2,00, Spremberg 14,00, Gabeln 4,15, Borsf 22,25, Finsterwalde 7,20; Töpfer: Brieg 2,50, Bellen 5,00; Graphische Berufe: Baugen II 3,90, Bittau 10,00, Finsterwalde 3,10; Schneider: Berlin III 4,10; Frauen und Mädchen: Dresden 3,00; Ortsverbände: Leipzig West 30,00, Chemnitz 13,70, Dessau 12,50, Hannover und Umgegend 10,00, Bitterfeld 4,85, Zena 30,00. Privat: Kaiser-Rürnberg 5,00, R. Müller-Berlin 2,05, Theo Freudenthal-Bremerhaven 4,00. Zusammen Mk. 694,50.

Berlin, den 22. April 1905.

E. Rehl, Hauptkassier.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.)
 Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/4 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.)**
 Jeden Donnerstag, Ab. 9-11 Uhr. Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 29. April. Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Gohlis, Weisfeldstr. 22. Vortrag des Kollegen Strubel über den Gürtlerstreik. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Bener, Teltowstr. 3. Wahl der Abgeordneten der Kranten- und Begräbniskasse zum Delegiertenkongress. Anträge. Verschiedenes. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Verf. im Verbandshaus. L.-D.: Wahl eines neuen Schriftführers. Verschiedenes. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr Zahlabend bei Pluge, Birkenstr. 58. — **Fabrik- und Handarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Tempelhofstr. 20a. L.-D. daf. — **Fabrik- und Handarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Blümer, Emdenerstr. 46. L.-D.: Protokoll. Beschlusfassung über den zu erhebenden Vorkaufschlag. Verschiedenes. — **Donnerstag, 4. Mai. Graph. Berufe I.** Verf. bei Gerth, Blücherstr. 66. — **Sonnabend, 6. Mai. Bauhandwerker.** Ab. 9 Uhr bei Baner, Fischerstr. 25.

Kinder I. Fabrik- u. Handarbeiter. Sonnabend, 29. April, Ab. 8 1/2 Uhr, Deisterstr. bei Herrn Rothhof, Allgem. Mitgieberabstimmung über den Antrag, betr. die Einführung d. „Fabrik- u. Handarbeiter“ als Organ des Gewerksvereins und der Kranten- und Begräbniskasse. — **Dresden. Graphische Berufe.** Sonntag, 30. April, Nachm. 4 Uhr, Einzug ins neue Vereinslokal „Alte Culmbacher Bierhalle“, Webergasse 28, Dresden-N., Aller Erschein. Ehrensache! — **Nitzdorf. Klempner und Metallarb.** Sonnabend, 6. Mai, Ab. 8 1/2 Uhr, b. Wöpler, Bergstr. 147.

Orts- und Medizinerverbände.

Dortmund (Ortsverband). Sonntag, 30. April, Morgens 10 Uhr, Auskündigung b. Birth Höfer, Weisenburgerstr. 74. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Sonntag, 7. Mai, Vorm. 10 Uhr, Vertreteritzung b. Birth Jürgens, Alter Markt. — **Stettin und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 7. Mai, Ordenl. Ortsverbanderversammlung im Lokal Engelke, Stettin, Schifferstr. 9a. L.-D.: Protokoll und Kasienbericht. Wahl verschiedener Kommissionen. Vortrag des Herrn Dr. Widaelis u. a.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Köln-Grensfeld. (Fabrik- und Handarbeiter.) Gustav Graf, Katalisationsleiter für Rheinland, Köln-Grensfeld, Weisfeldstr. 19.

Tierbetafel. Frankfurt a. O. (Fabrik- u. Handarbeiter.) Heinrich Thun, geb. 28. 6. 1844, gest. 15. 4. 1905 an Magen- und Lungenkatarrh. Mitgilt seit 1894.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerksverein
 Jahrgang 1904
 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgehörigen und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mk.
 NB Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
 Verbandsbureau:
 Berlin NO., Greifswalderstr. 121/23.
 Geldsendungen nur an Verbandskassier H. Klein
 Berlin NO., Greifswalderstr. 221/23.

Centralrat der Deutschen Gewerksvereine.
 Sonnabend, 6. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr im großen Saale des Verbandshauses der Deutschen Gewerksvereine Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23,
 Schiller-Feier.
 Die F e s t e hat Herr Stadtschulrath Gerstenberg gütigst übernommen. Das Programm wird noch bekannt gemacht.
 Eintrittspreis einschließlich Garderobe 30 Pfg.
 Wir laden hierzu unsere Verbandsgehörigen und ihre werthen Familien und Freunde ein und bitten um zahlreichen Besuch.
 Das Bureau des Centralrats.

Die Arbeiterberufsvereine und die Parteipolitik.
 Der Leitartikel aus Nr. 5 des „Gewerksverein“ ist als Broschüre erschienen, die auf Wunsch in jeder Anzahl für die Agitation gratis zur Verfügung steht.
 Das Verbandsbureau, Berlin NO., Greifswalderstr. 221/23.

Vereins-Abzeichen empfiehlt Wilhelm Kistermann, Stuttgart, Tübingerstr. 109.

Schwerte (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Karten für freies Nachtlösch, Abendbrod u. Morgensstake. In Schwerte beim Kollegen Mühle, Kampstr. 21. In Herde beim Kollegen Noje, Bruchstr. 50.
Laarau (Ortsverband). Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfg. Unterstützung.

Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Dunker)
 und Herbergsverkehr befindet sich jetzt im Verbandshaus, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23, Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos.
 Karten für freies Bogis und Morgensstake bei allen Ortsvereinstaffiren Berlins. Zutreffende aus Berufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.

2 junge, tüchtige Schriftsetzer, Gewerksvereiner (G.-D.), 19 u. 20 Jahre alt, solide und gewissenhaft, suchen gleichzeit. euentlich später Konzeption. Gefällige Offerten an Ernst Witt, p. Adresse P. Vermische Buchdruckerei in Deutsch-Krone (Westpr.).

bestehen. In Folge der Machinationen der Gegner und der eigenen Interesselosigkeit der Mitglieder der jungen Vereine lißen sie sich wieder auf. Der Gewerkeverein besteht gegenwärtig aus 78 Ortsvereinen mit 2742 männlichen und 1606 weiblichen, zusammen also 4348 Mitgliedern. Im Vorjahre zählte der Gewerkeverein in 78 Ortsvereinen 3940 Mitglieder. Im Laufe von ca. 18 Jahren wuchs der Mitgliederstand von 2878 auf 4348. Das Vermögen des Vereins vermehrte sich in derselben Zeit von 42 871 Mk. auf 89 578 Mk. An Arbeitslosen- und Streikunterstützung sind gezahlt worden 7362 Mk., an außerordentlichen Unterstützungen 1527 Mk., an Reise- und Umzugskosten 2211 Mk. und in 15 Fällen wurde der Rechtschutz bewilligt. . .

Von großer Bedeutung für die Deutschen Gewerkevereine ist es auch, daß der längere Wunsch nach einem eigenen Heim endlich erfüllt worden ist, d. h., daß wir in Berlin, in der Greifswalderstraße, ein stattliches Verbandshaus haben. An dem Zustandekommen des Hauses ist auch unser Gewerkeverein beteiligt durch Entnahme von Anttheilscheinen und Bausteinen seitens der Mitglieder. (Es sei gleich hier bemerkt, daß die Generalversammlung auf Antrag des Verbandskassiers Klein-Berlin einen Anttheilschein von 5000 Mk. aus Gewerkevereinsmitteln — mit Verzinsung und Rückzahlung — bewilligte.)

Der Bericht weist zum Schluß die ungerechtfertigten Vorwürfe, die im Laufe der Verwaltungperiode gegen den Generalrat erhoben sind, zurück, und schließt dann mit dem Wunsche, daß alle Mitglieder mit dem Generalrat auch in Zukunft befreundet sein möchten, zum Wohle des Gewerkevereins und zur Ehre des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine weiterarbeiten.

An diesen Bericht knüpfte sich eine lebhafteste Besprechung. Zuerst waren es die süddeutschen Abgeordneten Lindermayer-Pfersee, Bäuerle-Bechhausen, dann aber auch unsere männlichen Kollegen Müller-Forsf, Berger-Gottbus sowie Silbebrandt-Berlin, ferner Müller-Kriegshaber bei Augsburg und einige andere Redner, die in eingehender Weise den Bericht kritisierten. Es sei zu sehr der Charakter der Passenmenschen, zu wenig die eigentliche Gewerkevereinstätigkeit, die Agitation, beachtet worden. Das „Protokoll“ sei nicht ausgebaut worden, der Verein sei in den letzten drei Jahren nicht genügend gemacht, auch hinsichtlich der Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeiterlage sei zu wenig gesehen, viel energischer müsse agitiert werden u. s. w. Centralratsvertreter Klein wies darauf hin, daß wohl zu beachten sei, wie sehr der Generalrat sein Auge darauf gerichtet habe, den Kriegsschlag zu vergrößern und daß derselbe von seinem Standpunkte aus, was an ihm lag, seine ganze Kraft zum Wohle des Gewerkevereins eingesetzt habe. Langsam aber sicher vorwärts, das sei auch ein gutes Wort. Die Delegierten hätten es ja nun in der Hand, die Lage des Gewerkevereins zu verbessern. In der weiteren Diskussion werden Erhöhung der Beiträge, die Anstellung eines besonderen Agitationsbeamten, die Schaffung eines Fachorgans, das zuerst monatlich zweimal, später wöchentlich erscheinen soll, in Vorschlag gebracht. In der Krefelder Angelegenheit wird das Verhalten des Generalrats für richtig befunden. Generalratetätigkeit Richter weist die verschiedenen Angriffe zurück und erklärte, daß der Generalratetätigkeit dieselbe gebunden sei, daß zur Agitation außer den Ortsvereinen, mit denen sie nicht zu wenig in Fühlung gewesen, doch ganz besonders die Agitationsleiter gewählt seien. Der Vorsitzende Leske dankt hierauf im Namen der Versammlung dem Generalrat für seinen Bericht. Bäuerle-Bechhausen beantragt, in Zukunft den Tätigkeitsbericht drucken zu lassen. Rees-Ghemnitz erweitert diesen Antrag dahin, dieses so rechtzeitig auszuführen, daß 14 Tage vor der Generalversammlung die Delegierten sich im Besitz des Tätigkeitsberichts befinden. Die Anträge finden Annahme.

Die Generalversammlung nahm sodann einen Vortrag des Agitationsleiters Emil Graße-Gottbus entgegen über „Die Stellung des Gewerkevereins in der Arbeiterbewegung.“ Da dieser Vortrag, wie wir bereits in der letzten Nummer bemerkten, mancherlei werthvolle Anregungen und Fingerzeige für die Förderung der Gewerkevereinsangelegenheit enthält, so seien hier folgende Sätze herausgehoben:

... Dringend notwendig ist die Beschaffung eines Fachorgans, um die Mitglieder zu schulen, damit sie im Stande sind, jederzeit die gegenwärtigen Angriffe in Werkstatt und Fabrik widerlegen zu können. In Zukunft müssen in den verschiedensten Landestheilen, wo die Textilindustrie stark vertreten ist, Beamte angestellt werden, auch an den Gewerkegerichts-, Kranken- und Stadtverordnetenwahlen müssen sich die Gewerkevereinsmitglieder mit dem Prinzip der Proportional-(Verhältnis-)Wahlen reger beteiligen als bisher. Volksversammlungen haben für unsere Organisation keinen großen Werth, es muß vielmehr die Kleinarbeit und das Vertrauensmännersystem überall eingeführt und gepflegt werden. Und wird man in Versammlungen von gegnerischer Seite angegriffen, so greife man auch mit schweiliger Arbeiterhand fest zu, denn auf einen groben Miß geht ein großer Keil! Wenn der Textilarbeiter bei Bewegungen zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen allein vorgeht, dann werden wir eine solche Bewegung nicht anerkennen; denn wenn wir mit ihnen sollen, dann wollen wir auch mit ratzen — wir haben nicht nötig, Alles das zu machen, was die freien Gewerkschaften beschließen, wir sind eine selbstständige Arbeiterorganisation und wollen auch gehört sein. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Textilindustrie hat sich in den letzten Jahren, besonders seit dem Grimmitzhauer Streik, sehr zuspitzt. . . . Um den besten Zielen näher zu kommen, muß ein erhöhter Beitrag erhoben werden; denn der Gewerkeverein der Textilarbeiter muß, der Größe und Ausdehnung dieses Berufes im deutschen Vaterlande entsprechend, auch im Verbands der Deutschen Gewerkevereine bald eine der ersten Stellen einnehmen.

Dem lebhaftesten Beifall, der diesem Vortrag zu Theil wurde, folgte die einstimmige Annahme der in der vorigen Nummer bereits mitgetheilten Resolution.

(Schluß folgt.)

Zweiter Delegirtenstag des Gewerkevereins der Deutschen Frauen.

Nachdem die Vorsitzende Frau Hanke-Riegnitz die am dritten Osterfeiertag im Verbandshause zu Berlin tagende Generalversammlung eröffnet hatte, brachte der Centralratsvertreter Winter zunächst vom Herrn Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch ein Schreiben zur Verlesung, in welchem derselbe sein Bedauern aussprach, nicht persönlich an den Verhandlungen theilnehmen zu können, dafür brieflich den Delegirten seine Grüße übermittle und den Beratungen guten Erfolg wünsche. Alsdann ließ der Centralratsvertreter sich auf zwei Stunden beurlauben, da um dieselbe Zeit eine öffentliche Schuhmacherverversammlung tagte, die sich mit dem Weiskensfelder Streik beschäftigte, und der Vertreter zur Theilnahme verpflichtet war.

Unterdessen wurde in die Verhandlungen eingetreten. Der von Frau Wabel erstattete Geschäftsbericht veranschaulichte die Vereinstätigkeit vom Juli 1902 bis April 1905. Während dieser Zeit wuchs der Gewerkeverein von 770 Mitgliedern auf 1400. Frau Schöps gab den Kassenbericht, der eine Einnahme von 8440 Mk. und eine Ausgabe von 7200 Mk. aufwies. Für Streiks und Aussperrungen wurden 1550 Mk. ausgegeben.

Bei den Abänderungsanträgen zum Gewerkevereinsstatut kamen die Schwierigkeiten zur Sprache, mit denen die Arbeiterinnen den Behörden gegenüber zu kämpfen haben. Fräulein Christmann-Klein führte aus: Sie habe es in ihrem Ortsverein erfahren, welche Unannehmlichkeiten entstehen könnten, wenn irgend etwas die Politik Streitendes in dem Statuten stehe. In dem Statut ihres Vereins sei in der gerichtlichen Untersuchung beanstandet worden, daß darin stand: „Zweck des Vereins ist, die Behörden zur besseren Ausgestaltung der Gesetze zu beeinflussen.“ Nur deshalb habe sie und die übrigen Vorstandsmitglieder jene zweimaligen peinlichen Untersuchungen durchzumachen gehabt. Deshalb sei zweimal der Verein geschlossen worden. Nur dem thätigsten Eingreifen des Vorstandes sei es damals zu danken gewesen, daß die Sache überhaupt so schnell erledigt wurde. Die Richter hätten geglaubt, es mit „einfachen Arbeiterinnen“ zu thun zu haben. Sie seien sehr erfährt gewesen, in der Vorsitzenden das Fräulein Christmann wiederzusehen, mit der sie wiederholt gesellschaftlich zusammengetroffen waren. Diesem Umstand schien die Rednerin den günstigen Ausgang der Gerichtsverhandlungen zuzuschreiben. Man habe ihr geglaubt, daß sie keine politischen Umtriebe beabsichtige. Mit Entschiedenheit aber warne sie, in dem Statut eines Frauenvereins irgend etwas von Beeinflussung der Gesetze, ja das Wort Gesetz selbst zu sagen. Demgemäß wurde auch beschlossen.

Bei Beratung des Antrages über die Trennung größerer Ortsvereine nach Fabrik- und Heimarbeiterinnen entspann sich eine interessante Diskussion. Die Generalratetätigkeit Frau Wabel-Berlin führte aus: Der Nothstand unter den Heimarbeiterinnen sei sehr groß; sie fänden sich viel schlechter als die Fabrikarbeiterinnen. Dennoch aber fühle sich die Heimarbeiterin stets als etwas Besseres. Es würde nun Sache der getrennten Ortsvereine sein, die Heimarbeiterinnen über ihre wahren Interessen aufzuklären und ihnen das Bewußtsein zu geben, daß sie auch nur Arbeiterinnen seien und anstreben müßten, daß die Wohlthaten der Arbeiterversicherungsgegebung auch auf die Heimarbeiterinnen ausgebeht würden. Die Rednerin gab ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß dieses Ziel am schnellsten durch die beantragte Trennung erreicht werden würde. Eine von anderer Seite angeregte Trennung der Mitglieder nach Branchen glaubte die Rednerin nicht befürworten zu sollen. Die Arbeiterin sei heute Näherin und arbeite morgen in einer Schokoladenfabrik oder sei Bürstenarbeiterin. Wenn ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen sich dadurch aber verbessern, nähme sie auch eine Beschäftigung in einer Metallwarenfabrik an oder werde Glasbläserin. Die Arbeiterinnen würden nie „gelernte“ werden wie die Männer.

Frau Häckel-Fürstenwalde bedauert, daß die Erfahrung zeige, wie die Heimarbeiterinnen über ihre Genossinnen in der Fabrik denken. Arbeiterinnen seien alle. Die Heimarbeiterin aber solle daran denken, daß sie die Löhne aller anderen Frauen drücke. Die Organisation müsse auch dahin wirken, daß nur solche Frauen arbeiteten, die es in der That nötig haben. Viele arbeiteten nur für ihren Puz und für Vergnügen. Wer es nicht nötig habe, zu arbeiten, der solle die Heimarbeit lassen und nicht andere Arbeiterinnen schädigen.

Fräulein Friedenthal-Berlin (als Gast anwesend) trat für die Trennung nach Branchen ein. Sie könne sich nicht denken, daß die Heimarbeiterin sich besser dünke. Viele fänden sich doch so schlecht, daß sie keinerlei Gründe dafür hätten. Man solle nicht Einzelfälle zu sehr verallgemeinern.

Frau Lirk-Halle glaubt, daß es wichtig wäre, die Heimarbeiterinnen immer wieder darauf hinzuweisen, daß sie mit der übertriebenen Heimarbeit ihren Körper ruinieren und die Pflichten ihren Kindern gegenüber vernachlässigen.

Fräulein Brennenstuhl-Berlin hob hervor, daß schon die Arbeiterin, die sich verheirathet, mehr zu sein glaube. Erst später läme ihr die Erkenntniß, daß sie nicht mehr geworden sei als ihre Kolleginnen.

Die Generalversammlung entschied, bei größerer Mitgliederzahl für Fabrik- und Heimarbeiterinnen besondere Ortsvereine zu

vereiner nicht als gleichberechtigt anerkennen, schön, dann machen wir die Sache allein. Uns und der Arbeiterschaft ist damit in jedem Falle am besten gebient, denn unser korrekter Weg führt zum Erfolg.

Das aber ist's, was die „Zielbewußten“ so sehr kränkt und das ist auch die Ursache ihrer Schimpferei auf die Gewerksvereine.

„Schon wieder ein Hirsch-Dunker'scher Verrat.“

Unter der vorstehenden Spitzmarke wird in sozialdemokratischen Kreisen und Blättern eine Schmähchrift verbreitet, in welcher der unglückliche Verlauf des Weihenfelder Schuhmacherstreiks in haarsträubender Schilderung dem Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter zur Last gelegt ist. Abgesehen von den Verleumdungen persönlicher Art wird der Gewerksvereinsleitung zum Vorwurf gemacht, daß sie in heimlicher Weise, ohne die Tariffkommission zu fragen, zum Rückzug geblieben, daß sie die Fabrikanten brieflich um Bevorzugung der Gewerksvereiner gebeten, daß sie zum Schaden der Arbeiter entstellte Versammlungsberichte veröffentlicht, daß sie hinterläßt mit den Fabrikanten Kuhhandel getrieben, die Ausständigen im Stich gelassen und zum Osterfest keine Unterstützung mehr gezahlt habe.

Diese schweren Beschuldigungen sind unwaahr, sie dienen nur zum Vorwand, dem Gewerksverein den Krieg zu erklären. Am Sonnabend vor Ostern (22. April) erhielten die Gewerksvereinsmitglieder die Unterstützung für die zehnte Streikwoche im Betrage von 4800 Mark ausgegahlt. Auch erhalten gegenwärtig (nach Ostern) die auf der Strecke gebliebenen Ausgesperrten noch die statistische Unterstützung.

Warum aber diese infame Anklage? Zur Information mag kurz gesagt sein: In der Geschichte der Schuhmacherbewegung ist kein Beispiel zu verzeichnen, wo die Arbeiter so einmütlich zusammenhielten, aber auch kein Beispiel, wo die Fabrikanten dermaßen starrsinnig und sozialverstoßt waren. Alle Vermittlungsversuche scheiterten. Eine Aeußerung der Gewerksvereinsleitung, daß es zweckmäßiger sei, den schriftlichen Lohnvertrag vorläufig zurückzuziehen, um eine Lohnaufbesserung unter anderer Bürgschaft zu erlangen, kam der Leitung des Centralverbandes nicht ungelogen. In der siebenten Streikwoche, am 28. März, traten sämtliche Fabrikantenschüsse mit der Tariffkommission zusammen und wurde — wenn auch schweren Herzens — mit 105 gegen 14 Stimmen beschlossen, den Tarif auf bessere Zeiten auszusparen, den Generalfstreik aufzuheben, damit die Fabrikantenschüsse mit den einzelnen Fabrikanten in Unterhandlung treten konnten, und sollte in solchen Betrieben, wo Zugehörnisse erlangt, die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die kurz darauf tagende Streikerversammlung lehnte diesen Vorschlag mit 761 gegen 419 Stimmen ab. Wie ein Redner mit Pathos ausrief, sollte weiter gestreikt werden, so lange noch ein Pfennig in der Kasse sei.

Erfahrungsgemäß ist es klüger, auf der Höhe des Kampfes einzulenken, als den Tiefstand abzuwarten und schließlich bedingungslos zur Arbeit zurückzukehren. Die Zahl der Arbeitswilligen, die am 28. März auf 800 angewachsen war, stieg mit jeder Woche, namentlich aus den Reihen der Centralorganisierten, die erst in letzter Zeit beigetreten waren, auf halber Unterstützung standen und große Entbehrungen litten. Folgedessen gab die Gewerksvereinsleitung ihrem Vereinsvorstand die Anweisung, in der Tariffkommission ernstlich darauf zu dringen, daß der Beschluß der Fabrikantenschüsse vom 28. März in irgend einer Form zur Geltung komme. Die Leitung des Centralverbandes hatte zwar dasselbe Gefühl, verträufelte aber die Ausständigen. Unterdessen waren mit verschiedenen nichtorganisierten Schuhfabrikanten Tarifverträge abgeschlossen worden, in welchen aber die Fabrikanten sich vorbehalten hatten, die wichtigsten Lohnpositionen selbst mit ihren Leuten zu vereinbaren. Das sind keine Tarifverträge.

Der mit so großen Hoffnungen begonnene Kampf war aussichtslos geworden. Nunmehr standen beide Organisationen vor der Frage, ob die noch aufzubringenden Geldmittel mit den zu erwartenden Erfolgen in Einklang zu bringen sind. Diese Frage war zu verneinen. Grund dessen drang die Gewerksvereinsleitung auf ihre Mitglieder, den Kampf noch vor Ostern zum Abschluß zu bringen mit der berechtigten Begründung, daß es leichtfertig wäre, für eine aussichtslose Sache noch weiterhin jede Woche 4800 Mark zu opfern. Auch dieses energische Vorgehen kam der Leitung des Centralverbandes, der im Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl nicht mehr und nicht weniger Kapitalien zu Streikzwecken wie der Gewerksverein besitzt, nicht ungelogen. Doch ließ man nichts merken und prahlte noch: Wenn der Gewerksverein nicht mehr will, übernehmen wir die ganze Wiste. Man hütete sich aber davor, man hob den Streik auf und gebrauchte nun den Gewerksverein als Frageknaub.

Es ist immer so gewesen: Gelingt eine Lohnbewegung mit Hilfe der Gewerksvereiner, dann haben es die Verbändler ganz allein gemacht, dann spricht man von uns nicht. Bei Mißerfolgen aber haben allemal die Gewerksvereiner daran schuld. Jeder die strategischen Fehler der Verbändler schweigt die sozialdemokratische Presse. Nach der Aussperrung der Fabrik Schuhmacher in Burg (Wagbeburg) wurde der Friedensvermittler Bod-Gotha, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, von seinen eigenen Parteigenossen des schändlichen Verraths bezichtigt, und hätte ihm damals eine Berliner Volks-

versammlung das Mandat abgesprochen, wenn nicht der Reichstagsabgeordnete Auer dem Bedrängten beigeprungen wäre. Nach dem Streik der Fabrik Schuhmacher in Tuttlingen, der dem Centralverbande 97 600 Mark kostete, wurden die Streikleiter des Centralverbandes, Simon-Nürnberg, sowie Bod-Gotha in standalöser Weise von ihren eigenen Mitgliedern als Verräther gebrandmarkt, weil letzterer hinter verschlossenen Thüren mit den Fabrikanten verhandelt haben soll und keine Streikunterstützung mehr geben wollte. Damit nicht genug, eine Tuttlinger Volksversammlung sprach Bod die Fähigkeit als Reichstagsabgeordneter ab. Damals wollte Simon feste weiter streiken, Bod aber sagte, es ist kein Geld da. Im September vorigen Jahres hielten die Fachvereiner in Birmasens nach dem Streik bei der Firma Kopp eine Versammlung ab, in der Simon referierte und von seinen eigenen Leuten als Schwindler ausgehimpft wurde. Beim Gelingen eines solchen Wurses rufen alle: Hosanna! Verfehlt der Wurf, dann heißt es: Kreuzigt ihn!

Und so mußten genannte Streikleiter schon öfter hören, daß sie mit Menschenfleisch gefändelt. Das Interesse der Arbeiter bei Friedensvermittlungen mit unbedingten Fabrikanten zu wahren, ist eine schwierige Mission. Darum können auch die Angriffe der sozialdemokratischen Presse die Gewerksvereinsleitung nicht erschüttern. Eine Fortführung des leider aussichtslos gewordenen Streiks wäre ein Verbrechen an den Arbeitergroßen gewesen. Erspriechlicher wäre, wenn nun die Arbeiterorganisationen gemeinsam eine planmäßige Agitation für die Tarifverträge in den Kreisen der Arbeiter und sozial rückständigen Schuh- und Schäftefabrikanten ins Werk setzten. Der vom Centralverbande angekündigte Bruderkrieg bringt uns diesem Ziele nicht näher.

Berlin, den 28. April 1905.

Für den Hauptvorstand:

A. Steinfurt, V. Kehl, F. Winter.

12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Stuhl-(Textil-)Arbeiter.

t. Cottbus, 27. April. Die wir bereits in der vorigen Nummer kurz mittheilten, erstattete der Generalsekretär H. Böttcher-Spremburg der Generalversammlung, die unter Leitung des Delegirten Otto Leezke-Cottbus vom 23. bis 27. April im Hotel „Zum weißen Rog“ hier selbst tagte, einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit und Entwicklung des Gewerksvereins seit der letzten Generalversammlung im Jahre 1902. Wir entnehmen demselben folgende bemerkenswerthe Stellen:

Wenn ich vor drei Jahren in Apolda darauf hinweisen mußte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren sehr unglückliche waren, denn Geschäftstodungen und damit verbundene Arbeitslosigkeit waren an der Tagesordnung, so ist dies in den letztvergangenen drei Jahren nicht weniger der Fall gewesen. Auch die neuen Handelsverträge ge mit ihren übermäßigen heimischen Agrar- und ausländischen Industriezöllen bieten wenig Aussicht auf bessere Zeiten, obwohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, hauptsächlich in der Textilindustrie schon vielfach recht traurige sind. Die letzte Arbeitsstatistik unseres Gewerksvereins vom Jahre 1903 zeigte, daß es noch Orte und Gegenden giebt, wo bei 11 stündiger Arbeitszeit 8-9 Mk. wöchentlich verdient werden. Frau und Kinder müssen mitarbeiten, um nur das Nothwendigste zum Lebensunterhalt zu verdienen — so hieß es schon vor Jahren und so heißt es leider noch immer. Daß unser Gewerksverein mit seiner verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl gegenüber der großen in der Textilindustrie beschäftigten Masse von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich der Organisation gegenüber noch immer indifferent verhalten, auf die Verbesserung der Lage der Textilarbeiter nur erst wenig Einfluß ausüben konnte, liegt auf der Hand. Aber auch größere Verbände und Arbeitervereinigungen waren trotz heftiger, großer Kämpfe nicht in der Lage, nennenswerthe Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse herbeizuführen. Ich erinnere nur an den großen Kampf in Grimmitzschau am den 10 stündigen Arbeitstag, der, trotzdem reichliche Unterstützungsgelder für die Kämpfenden einliefen, mit einer Niederlage für die Arbeiter endete. Auf Anregung des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch wurde den Gewerksvereinen vom Centralrathe empfohlen, dahin zu wirken, daß in ihren Berufen dauernde Verträge über Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen vereinbart und abgeschlossen würden. Das Gleiche ist seitens des letzten Verbandstages in Hannover sowie seitens des Centralraths geschehen. Aber bisher sind nur in einzelnen Fällen Tariftgemeinschaften zu Stande gekommen. Daß auf diesem Gebiete noch viel zu thun ist und gethan werden muß, ist ungewisselhaft richtig. Im preussischen Landtag sind unser Anwalt Dr. Max Hirsch und unser Verbandsredakteur Carl Goldschmidt als Abgeordnete unermüdllich für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung eingetreten, wofür ihnen Anerkennung und Dank auch von unserer Generalversammlung ausgesprochen sein möge. . . . Wer sich mit der Agitation befaßt hat, der wird wissen, daß es nicht so leicht ist, neue Vereine zu gründen, denn wir haben es fast überall mit Gegnern zu thun, die keine Mittel, auch die unlauteeren nicht scheuen, um uns zu schädigen. Aus fast allen Gegenden kommen Klagen über den Terrorismus, den unsere Mitglieder seitens der „Zielbewußten“ ausgeübt sind. . . . Größere Agitationsreisen wurden ausgeführt vom Kollegen Eibel-Stadtjula im Mai 1902 in der Niederlausitz und in einem Theil des Königreichs Sachsen, im Oktober 1902 in Rheinland-Westfalen und im November 1902 im Königreich Sachsen, von Frau Berst-Berlin im Mai 1903 in Bayern und von Kollegen Klavon-Berlin im Juli 1904 in Schlesien. Außerdem waren verschiedene Verbandsgegenossen im Auftrage des Centralraths agitatorisch thätig. Begründet wurden in den letzten drei Jahren 13 neue Ortsvereine. Hieron entwickelten sich die Vereine Kriegshaber, Göggingen, Klaffenbach, Augsburg II, Neufala, Gera, Stolberg und Niederzönitz gut weiter, hingegen war den Vereinen Bocholt, Altenhan, Karath, Rettwig und Bülschan nur ein kurzes Dasein

einem Schreiben an die Stadtmagistrate, wie aus dem Bericht hervorgehe, lasse die Durchführung des Reichsgesetzes betreffend die Kinderarbeit noch viel zu wünschen übrig. Es solle daher die Materie im Auge behalten, wie überhaupt auf die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse fortgesetzt Bedacht genommen werden. Der Stadtmagistrat Münzberg beschloß, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten anzuweisen, der Kinderarbeit besonderes Augenmerk zuzuwenden, außerdem soll der Fabrikensinspektor ersucht werden, bei Verfehlungen gegen das Gesetz dem Magistrat Mittheilung zu machen.

Bei dieser Gelegenheit sei ein interessanter Fall zur Auslegung des Kinderschutzgesetzes mitgeteilt, den wir der „Freien Deutschen Presse“ entnehmen: Der Besitzer einer Töpferei aus einem Nachbarorte von Köln war wegen Uebertretung gegen die §§ 4, 18 und 23 des Kinderschutzgesetzes vom 30. März 1903 unter Anklage gestellt worden, weil er einen Jungen unter 13 Jahren mit dem Auftrage von den von ihm in seiner Fabrik hergestellten Töpfen beschäftigt hatte. Das Schöffengericht wie auch die Strafkammer des Kölner Landgerichts in der Berufungsinstanz erkannten auf Freisprechung. Letztere vertritt die Ansicht, daß die unzulässige Beschäftigung des Jungen nicht, wie es im Kinderschutzgesetz vorgesehen sei, im Werkstatt- beziehungsweise Fabrikbetrieb von Kindern in Werkstätten und Fabriken. Auf erhobene Revision der Staatsanwaltschaft hob der Strafsenat des Kölner Oberlandesgerichts durch Entscheidung vom 14. April d. J. das landgerichtliche Urteil auf, und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. Das Oberlandesgericht ist der Ansicht, daß von einem Werkstattbetrieb auch dann die Rede sein kann, wenn es sich, wie es in vorliegendem Falle geschehen ist, darum handelt, fertiggestellte Waare zum Transport zu bringen.

Offenlich wird die Vorinstanz bei nochmaliger Prüfung des Sachverhalts von dem freisprechenden Urteil abkommen. Diese Miße gegenüber Unternehmern bei Verstößen gegen die Vorschriften des Arbeiterschutzgesetzes erregt mit Recht sehr viel böses Blut.

Der Beirat für Arbeiterstatistik war wieder einmal im Kaiserlichen Statistischen Amte versammelt, um 49 Auskunftspersonen aus ganz Deutschland über die Arbeiterverhältnisse in den Comptoiren zu vernehmen. Es handelt sich darum, ob auch in den Comptoiren des Großhandels und sonstigen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit stattfinden soll. Die Vernehmungen ergaben, daß nicht bloß die Vertreter der Handelsgesellschaften und Hilfsarbeiter, sondern auch die Prinzipale, hierunter auch die meisten Vertreter der Handelskammern, sich einer gesetzlichen Regelung geneigt zeigten. Darüber, wie diese erfolgen soll, gehen die Meinungen auseinander.

Bei dieser Gelegenheit gelangte auch eine Beschwerde zur Sprache, des Inhalts, daß ein Richter, der vom 11. Januar d. J. von dem Beirat vernommen worden ist, von seinem Arbeitgeber gemagt worden sei, obgleich der Präsident des Statistischen Amtes die Auskunftspersonen ausdrücklich in seiner Eröffnungsrede aufgefordert hatte, frei und offen die Wahrheit zu sagen. Sie brauchten nicht zu befürchten, daß ihnen daraus irgend welche Nachteile erwachsen würden oder dürften erwarten, daß sie keine Ungütigkeiten haben würden.

In unsern vorigen Nummern theilten wir mit, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten darauf hingewiesen seien, die Namen von schwerbeschäftigten Arbeitern den Unternehmern nicht zu nennen. Schon dieser Hinweis zeugt davon, daß dies früher geschehen ist. Alle diese Fälle sind aber, ebensowenig wie der oben geschilderte, nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu den zu ihren Gunsten geschaffenen Einrichtungen zu heben, was wir im Interesse des sozialen Friedens tief bedauern müssen.

Kartellquete. Wie die „Eisen-Ztg.“ erfahren haben will, sollen die unterbrochenen Verhandlungen über die deutschen Kartelle vom Reichsamt des Innern demnächst wieder aufgenommen werden, und zwar wird man sich zuerst mit dem Deutschen Stahlwerksverband beschäftigen. Auch in der Vedenttschrift über das gesammte Kartellwesen, welche nach der Resolution Spahn und Genossen dem Reichstage vorgelegt werden soll, werde zur Zeit im Reichsamt des Innern eifrig gearbeitet. Doch sei es bei dem Umfang der Materie und bei ihrer sehr komplizierten Natur noch nicht abzusehen, wann diese Arbeit zum Abschluß gelangen wird.

Ein für die englische Gewerkevereinsbewegung wichtiger Prozeß hat in diesen Tagen seine endgültige Entscheidung gefunden. Der Verband und die Führer der südwalisischen Bergleute, die im Jahre 1900 und 1901 fünf Ruhetage angeordnet hatten, um die Kohlenpreise und die Bergarbeiterlöhne aufrechtzuerhalten, waren von den betroffenen Unternehmern auf 60 000 Pfund Sterling (1 200 000 Mk.) Schadenersatz verklagt worden. Die Kläger waren in erster Instanz mit ihrer Klage abgewiesen worden und hatten Berufung eingelegt, die im August 1903 mit der Umföhung des Urtheils der ersten Instanz endigte. Damit aber gaben sich wiederum die Bergleute nicht

zufrieden, sondern sie appellirten an den höchsten Gerichtshof, die Lordrichter, die jedoch das Urteil der zweiten Instanz bekräftigten. Danach also ist der südwalisische Bergarbeiterverband endgültig zur Zahlung der oben genannten Summe und der nicht allzu geringen Kosten verurtheilt worden.

Das Urteil schließt sich würdig dem beröchtigten Taff-Bale-Entscheide an, über den wir vor einigen Jahren mehrfach eingehend berichtet haben. Würde diese Rechtsprechung zu ungunsten der Trade-Unions auf die Dauer weiter geübt werden können, so würde damit die Existenz selbst der machtvollen englischen Arbeiterorganisation ernstlich bedroht sein. Unfreiwilligerweise ist dem jedoch ein Riegel vorgehoben, da am 8. April d. J. das englische Unterhaus mit statlicher Majorität einen Gesetzentwurf angenommen hat, der für die Zukunft derartige Prozesse unmöglich macht.

rd. Ist ein Anfall infolge einer Nekkerie als entschädigungs-pflichtiger Betriebsunfall anzusehen? (Nachdr. verb.) In einem großen Fabrikal, in dem auch viele Maschinen aufgestellt waren, war ein Arbeiter von seinem Arbeitsplatz fort nach einer anderen Stelle gegangen, um sich neues Material zu holen. Dabei warf er nach einer vor ihm gehenden Arbeiterin mit Abfällen, die in einem aufgestellten Korbe lagen. Die Arbeiterin giug auf den Scherz ein, erhob auch ihrerseits die Hand, um nach dem Arbeiter zu werfen; letzterer trat schnell zur Seite und bückte sich, um nicht getroffen zu werden. Dabei rutschte er mit seinen Lederpantoffeln auf dem Fußboden aus und brach dabei den Arm. Der Verunglückte verlangte nun von der Berufsgenossenschaft Unfallentschädigung, die ihm jedoch mit dem Einwande verweigert wurde, hier liege kein Betriebsunfall vor. Auf die Berufung des Klägers sprach ihn das Schiedsgericht eine 15 prozentige Unfallrente zu, da es der Meinung war, der Unfall sei in der Zeit des regelmäßigen Betriebes in den Betriebsräumen und auch während der Betriebsarbeit eingetreten. In gewissem Sinne müsse also ein Betriebsunfall als vorliegend anerkannt werden. — Gegen dieses Erkenntniß erhob die Berufsgenossenschaft Rekurs, und das sächsische Landesversicherungsamt hat den Verletzten mit seinem Anspruch abgewiesen. Daß der Unfall in gewissem Sinne mit dem Betriebe zusammenhängt, reicht noch nicht zur Annahme eines Betriebsunfalles aus. Vielmehr muß ein ursächlicher Zusammenhang des Unfalls mit den Gefahren, die der Betrieb für den darin beschäftigten Arbeiter mit sich bringt, nachgewiesen werden. Allerdings sind in wiederholten Fällen vom Reichsversicherungsamt auch denjenigen Versicherten Renten zugesprochen worden, die bei einer Nekkerie zu Schaden kamen, aber Voraussetzung ist immer, daß entweder die Entstehung oder die Schwere der bei einer derartigen Gelegenheit erlittenen Verletzung durch Einrichtungen des Betriebes wesentlich mit bedingt werden. — Im vorliegenden Falle trifft etwas Derartiges indessen nicht zu. Weder hatte der Betrieb zu der Nekkerie Veranlassung gegeben, noch ist es zulässig, das Werfen mit Abfällen als einen Ausfluß der Betriebsgefahr hinzustellen zu wollen. Der Betrieb war also in keiner Weise schuld daran, daß es zu der verhängnißvollen Spielerei zwischen den beiden kam, und überdies ist auch festgestellt, daß die Stelle, an welcher der Verletzte zu Falle kam, nicht so beschaffen war, daß die Gefahr des Ausgleitens und Stürzens eine Steigerung dadurch erfahren hätte. Somit erwiesen sich die Ansprüche des Arbeiters als unbegründet.

Ist die Anrechnung der Invalidenrente auf die den Bergleuten zu gewährenden Knappschaftspension zulässig? Die Frage, ob den Bergleuten, die vor Inkrafttreten des neuen Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 pensionirt worden sind und Anspruch auf eine Invalidenrente besitzen, verspflichtet sind, sich diese Rente auf ihre Knappschaftspension anrechnen zu lassen, hat nach dem „Techn. Centralblatt“ der 10. Civiltat des Kölner Oberlandesgerichts durch Urteil vom 30. Januar d. J. in folgendem Falle entschieden:

Ein Bergmann aus Büttlingen, der von 1861 an auf den Königlichen Gruben gearbeitet hatte und Mitglied des Saarbrücker Knappschaftsvereins gewesen war, wurde im Jahre 1892 mit einer monatlichen Pension von 40,90 Mk. pensionirt. Er hat dann anderweitige Beschäftigung aufgesucht und ist ihm nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes eine Invalidenrente von jährlich 138,60 Mk. zugesprochen worden. Diese Rente brachte der Knappschaftsverein auf die von ihm zu zahlende Pension in Anrechnung.

Der Pensionempfänger klagte hierauf gegen den Knappschaftsverein auf Bestimmung, daß dieser nicht berechtigt sei, von der Pension die Invalidenrente in Abzug zu bringen.

Das Landgericht zu Saarbrücken hatte die Klage abgewiesen. Durch eingangs erwähnte Entscheidung hob jedoch das Oberlandesgericht das landgerichtliche Urteil auf und erkannte mit folgender wesentlicher Begründung dem Klageantrage gemäß:

Der von dem Beklagten gemachte Abzug wird von demselben auf § 55 Abs. 2 des Knappschafts-Statutes vom 1. Februar 1900 gestützt. Richtig ist, daß dieser Paragraph den Beklagten berechtigt, die Invalidenrente auf die Knappschaftspension anzurechnen, und daß diese Bestimmung nach § 173 des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 zulässig ist. Nichtsdestoweniger kann sich der Beklagte bei der von ihm vorgenommenen Anrechnung auf diesen Paragraphen nicht berufen, da Kläger bereits am 1. August 1892 auf Grund des Statutes vom 22. Dezember 1890 pensionirt worden ist. Eine Kürzung dieser Pension auf Grund des späteren Statutes vom 1. Februar 1900 würde nicht nur die wolverworbenen Rechte des Klägers verletzen, sondern auch mit der Bestimmung des § 113 dieses Statutes in

zulassen. Eine lange Debatte erforderte die vielerorts beantragte Beitragshöhung, die Unterstützungsrechte der Mitglieder sicher zu stellen und den Gewerksverein leistungsfähiger zu gestalten. An Stelle des bisher zu niedrig bemessenen 8 Pfennig-Beitrages wurde ein 10 und 15 Pfennig-Beitrag eingeführt und dem entsprechend die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Streiks bemessen.

Erwähnung aus der Debatte verdient ein Zwischenfall. Aus Anlaß eines Vorkommnisses in Breslau wurde die Behauptung aufgestellt, die bürgerliche Frauenbewegung wolle die Leitung über die Bewegung der Arbeiterinnen gleichfalls an sich ziehen. Fräulein Lischnewska-Spandau und Fräulein Friedenthal-Berlin (beide als Gäste anwesend) widersprachen dem. Sie führten aus, daß die bürgerlichen Frauen den Gewerksverein jeder Zeit gern unterstützen hätten. Wenn eine solche Empfindung, wie die erwähnte, aufgetaucht sei, so könne das nur auf einen Fehler Einzelner zurückzuführen sein. Die Zeitungsfrage gab ebenfalls zu einer längeren Debatte Anlaß. Die Rednerinnen betonten, daß der „Gewerksverein“, das Organ des Verbandes, zu Agitationszwecken allein nicht ausreiche. Es wurde endlich beschlossen, den Antrag des Generalrats auf Gründung einer Frauenzeitung anzunehmen. Die Vorarbeiten wurden Frau Madel, Fräulein Brennenstuhl und Fräulein Friedenthal übertragen. Die Kommission soll Sorge tragen, daß die erste Nummer am 1. Oktober d. J. erscheint.

Zur Konstituierung der neu gegründeten, von der Aufsichtsbehörde bereits genehmigten Krankenzusatzkasse fand Abends 9 Uhr eine besondere Versammlung der Berliner Klassenmitglieder statt. Der Centralratsvertreter Winter, der bei den Vorarbeiten der Kassen-einrichtung behilflich war, machte darauf aufmerksam, daß die Genehmigung des Statuts eine Schweregeburt gewesen sei, indem die Behörde einer rein weiblichen Kasse, die nur von Arbeiterinnen verwaltet werden soll, Anfangs skeptisch gegenüberstand. Mit der eingeschriebenen Hilfskasse übernehme der Gewerksverein eine große Verantwortung. Im Uebrigen wurde die gut vorbereitete Tagesordnung der Krankenkasse von den zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen glatt erledigt. In der Hauptsache waren es Wahlen und sonstige gesetzliche Vorschriften.

Nach Erledigung der Krankenkassensachen tagte die Gewerksvereins-Generalversammlung weiter. Zur korrekteren Durchführung der Verwaltungsarbeiten wurde beschlossen, ein Bureauzimmer einzurichten. Die Aemter der Generalsekretärin und Schatzmeisterin wurden vereinigt und dazu Frau Madel gewählt. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Fräulein Brennenstuhl und Frau Wächter, zur Protokollführerin Fräulein Kurzle und zu Beisitzerinnen Fräulein Friedenthal, Frau Pittsch und Frau Havenstein. Die nächste ordentliche Generalversammlung findet wieder in Berlin im Jahre 1908 statt. Es war 11 Uhr Abends geworden, als die Delegierten ihr Arbeitspensum bewältigt hatten und die Generalversammlung mit einem freudigen „Goch“ auf die Gewerksvereine geschlossen wurde.

W.

Wochenchau.

Berlin, 2. Mai 1905.

Auf die am Sonnabend dieser Woche, Abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im großen Saale unseres Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/23, stattfindende Schillerfeier machen wir nochmals aufmerksam. Neben der Festsrede des Leiters des großen Berliner Schulfestens, Herrn Stadtschulrath Gerstenberg, werden die Regitationen des Herrn Dr. G. Manz aus Schillers Werken, sowie der Vortrag Schubert'scher Kompositionen Schiller'scher Lieder durch Frl. Anni Bremer großen Genuß bereiten. Den Concertsüßgel hat die Firma Schwedten bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Die Lieder werden von der Wiener Pianistin Frl. Wittmann begleitet.

Verbandsangelegenheiten von Berlin und Umgegend, verläumt es nicht, mit Euren Familien zu diesem herrlichen Ehrenabend für des Deutschen Volkes unsterblichen Friedrich von Schiller pünktlich zu erscheinen.

Mit der „Frauenfrage im Handelsgewerbe“ und der Schaffung von „Kaufmännischen Arbeitskammern“ beschäftigte sich in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung am 23. April der Bezirksstag des süddeutschen Bezirksverbandes des Vereins der Deutschen Kaufleute (unabhängige Handlungsgehilfenorganisation) Sitz Berlin. Den Verhandlungen wohnten bei: als Vertreter der Handelskammer für Mittelranken Herr Bankler und Magistratsrath Raikänder-Fürth, Frau Sekretärin Lindner-Nürnberg vom Verband der weiblichen Angestellten, Abteilung des Vereins Frauenwohl in Nürnberg, Herr Redakteur Tröger-Berlin als Vertreter des Generalrats des Vereins der Deutschen Kaufleute, sowie mehrere Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Ortsverband Nürnberg. Vertreten durch Delegierte waren die Ortsvereine in Reg., Kaiserlautern, Landau, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Hanau, Frankfurt a. M., Augsburg, Bamberg, München, Nürnberg und Fürth. Ueber die „Frauenfrage im Handelsgewerbe“

sprach der süddeutsche Geschäftsführer des Vereins, M. Matthäus-Nürnberg. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Entschliesung angenommen:

Die heutige, von dem süddeutschen Bezirksverband des Vereins der Deutschen Kaufleute (unabhängige Handlungsgehilfenorganisation) Sitz Berlin einberufene und von Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen stark besuchte öffentliche Versammlung erklärt, daß in Folge der modernen sozialen und ökonomischen Entwicklung ein geschlechtes Eingreifen zwecks Zurückdrängung der Frauenarbeit im Handel unmöglich ist. Die Beschäftigung der Frau im Berufsleben entspringt nicht allein ethischen, sondern vor Allem auch wirtschaftlichen Gründen und gegenwärtig muß mit der Frauenarbeit in allen Berufsarten und auf allen Gebieten des Lebens gerechnet werden. Ein geschlechtes, gewissermaßen gewalttames Hinausdrängen der Frau aus dem Handel unter den heutigen Verhältnissen hieße Tausende von Existenzen vernichten und sie dem Elend und der Schande in die Arme treiben.

Für die moderne Handlungsgehilfenbewegung muß zur Hebung des wirtschaftlichen Notstandes der Handlungsgehilfinnen und zur Verminderung des durch die billige Frauenarbeit gegenwärtig noch herrschenden Lohndruckes auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkte das Bestreben daher darauf gerichtet sein:

einmal die Vorbildung der kaufmännischen weiblichen Arbeitnehmer auf eine höhere Stufe zu bringen, als sie gegenwärtig steht, zum andern durch die Organisation des Standesbewußtseins und Solidaritätsgefühl der weiblichen Handlungsgehilfen mit den männlichen Kollegen zu wecken.

Die Versammlung richtet aus diesem Grunde an den hohen Bundesrath die Bitte:

dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die reichsgesetzliche Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahr für beide Geschlechter vorseht.

Die Versammlung bittet ferner die hohen Regierungen des Königreichs Bayern, des Königreichs Württemberg und des Großherzogthums Baden, im hohen Bundesrath im Sinne des vorigen Absatzes dieser Entschliesung wirken zu wollen.

Auch den hohen Reichstag bittet die Versammlung um Stellungnahme im gleichen Sinne, um dadurch die hohe Reichsregierung um so eher zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs zu veranlassen.

Den Generalrath des Vereins der Deutschen Kaufleute ersucht die Versammlung:

schleunigt die nöthigen Schritte zu thun, um die Möglichkeit einer zeitgemäßen Organisation der Handlungsgehilfinnen zu schaffen.

Diese Organisation wird zweckmäßig in ganz engem Zusammenhang mit der der männlichen Berufsgeoffenen zu stehen haben. Nur durch die gemeinsame soziale Arbeit beider Geschlechter werden gegenseitige Vorurtheile überwunden und nur durch ein festes Organisationsgefüge, das beide Geschlechter umfaßt, wird der soziale Kampf im Interesse des gesammten Standes geführt werden können.

Es sprach sodann Herr Heilbronner-München über „Kaufmännische Arbeitskammern“ und fand folgende Entschliesung Annahme:

Der Bezirksstag 1905 der süddeutschen Ortsvereine des Vereins der Deutschen Kaufleute hält die reichsgesetzliche Errichtung von Kaufmannskammern für die wichtigste Aufgabe der sozial-politischen Gesetgebung im Handelsgewerbe. Bei der Errichtung derselben soll unter Zugrundelegung der gesetzlichen Bestimmungen über die Kaufmannsgerichte die Ausdehnung des Wahlrechts auf die weiblichen Handlungsgehilfen und die Herabsetzung der Altersgrenze auf 20 Jahre in's Auge gefaßt werden und durch Festlegung des Sitzungs- und Verhandlungszwanges, sowie durch Schaffung zusammenfassender Landesarbeitsämter und Unterstellung derselben unter ein Reichsarbeitsamt eine entsprechende Wirksamkeit gesichert werden. Als Hauptaufgaben der Kaufmanns-Kammern sind zu betrachten:

Erstattung von Gutachten und Abgabe von Vorschlägen auf allen Gebieten der Sozial-Politik für das Handelsgewerbe, Vorbeugung von Lohnstreitigkeiten und Einigung bei der Schlichtung derselben, Mitwirkung bei der Regelung des kaufmännischen Bildungswesens, sowie bei der Ueberwachung der Ausführungsbestimmungen zum Schutze der Handlungsgehilfen, Auskunfterhellung bei allen einschlägigen Fragen, geordnete statistische Ermittlungen über die Verhältnisse der Angestellten.

Der Bezirksstag ersucht den Generalrath, die nöthigen Schritte zu ergreifen, um die aufgestellten Forderungen in geeigneter Form dem Bundesrath und dem Reichstag zu unterbreiten.

Der nächstjährige Bezirksstag findet in Karlsruhe statt.

Das Kinderschutzgesetz ist am 1. April ein Jahr in Kraft gewesen. Es hat sicherlich in der Verwendung von Kindern zu gewerblichen Arbeiten wichtige Veränderungen zur Folge gehabt, die im Interesse der heranwachsenden Jugend nur mit Freuden begrüßt werden können. Nach den Bestimmungen des Gesetzes unterliegt die Beaufsichtigung den Gewerbeaufsichtsbeamten. In manchen Bundesstaaten ist nun auch die Ueberwachung der Arbeit der eigenen Kinder diesen Beamten übertragen, während sich in dem größten Bundesstaate, in Preußen, die Ueberwachung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten nur auf die Beschäftigung fremder Kinder bezieht. Man wird nun wohl annehmen können, daß sich in den jährlich erscheinenden Berichten dieser Beamten Nachrichten über die Wirkung des Kinderschutzgesetzes finden werden. Dabei werden denn naturgemäß die Mittheilungen über die Beschäftigung eigener Kinder sehr dürftig sein. Namentlich wird man in Folge dessen vor der Hand auf die Wirkungsweise des Kinderschutzgesetzes in der Hausindustrie, dem eigentlichen Heim der Kinderarbeit, verzichten müssen.

Mit umso größerer Genugthuung erfüllt es uns, daß man in einzelnen Bundesstaaten auf strenge Durchführung des Gesetzes achtet. So ordnet die mittelfränkische Kreisregierung ausdrücklich ein schärferes Vorgehen gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit an. Unter Vorlage des Berichts der Fabriken- und Gewerbe-Inspektoren bemerkt sie in

Widerpruch stehen, wonach die Pensionen der am 1. Januar 1900 vorhandenen Invaliden unverändert bleiben. Diese Invaliden erhalten daher nicht die besonderen Vorrechte, welche das Statut den Invaliden zusichert, sie können aber auch andererseits nicht durch Bestimmungen desselben, welche minder günstig als die früheren sind, schlechter gestellt werden. Die Pensions-Verhältnisse des Klägers regeln sich daher nach dem Statut vom 22. Dezember 1890 und nach dem Gesetze, welches zur Zeit seiner Pensionierung in Geltung war, nämlich nach dem Reichsgesetz vom 22. Juni 1889. Nach § 46 dieses alten Statuts war ebenfalls bestimmt, daß die auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 zu gewährende Rente auf die von dem Knappschaftsverein zu zahlende Pension in Anrechnung zu bringen ist. Diese in § 46 des alten Statuts gegebene Bestimmung ist jedoch aesehlich nicht zulässig, und deshalb nicht rechtsverbindlich. Nach § 40 des Reichsinvaliditäts-Versicherungsgesetzes vom 22. Juni 1889 kann die Rente mit rechtlicher Wirkung weder angefaudet noch übertragen werden. Daraus ergibt sich, daß die Rente dem Empfangsberechtigten vollständig erhalten bleibe, und daß ihr Bezug durch irgend welche Veräußerungen nicht beschränkt werden sollte. Als eine solche unzulässige Verfügung ist die von der Beklagten vorgenommene Anrechnung der Invalidenrente auf die Knappschaftspension anzusehen. Daß die Kürzung der Pension unzulässig ist, ergibt sich aber auch aus § 36 des alten Invaliditäts-Versicherungsgesetzes, wonach Fabrikaffen und anderen sogenannten Zuschüssen das Recht eingeräumt ist, die zu gewährende Unterstützung um die Alters- und Invalidenrente zu ermäßigen. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nicht auf die durch § 5 des bezeichneten Gesetzes zugelassenen Raffen, welche die allgemeine Versicherungsanstalt erlegen. Als eine solche zugelassene Rasse ist die Pensionskasse des Knappschaftsvereins anzusehen.

Auch kann der Auffassung des Landgerichts nicht beigetreten werden, daß die Knappschaftskasse, auf welche die reichsgesetzliche Versicherung übergegangen sei, die Pension um die Invalidenrente kürzen könne, weil sie für eine eingetretene Erwerbsunfähigkeit nur einmal aufzukommen habe, denn die Pension wird gewährt, weil der Empfänger nicht mehr berätsfähig ist, dabei braucht er noch nicht erwerbsunfähig im Sinne des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes zu sein.

Die Entscheidung des Oberlandesgerichts bezieht sich leider nicht auch auf Vergleiche, welche erst nach Inkrafttreten des neuen Reichs- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes vom Jahre 1899 pensioniert worden sind, und außerdem eine Invalidenrente beziehen. Bezüglich dieser hat das Oberlandesgericht ausdrücklich anerkannt, daß eine Kürzung der Pension um die Invalidenrente zulässig sei.

Sozialdemokratische Hundsdamkeit. Wir haben vor Kurzem darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Dachdecker Berlins deshalb die Erneuerung eines Tarifvertrages mit den Unternehmern ablehnten, weil die Unternehmer nicht zugeben wollten, daß eine Dritte Organisation, in diesem Falle ein christlicher Gewerkeverein, bei den Tarifabmachungen ausgeschaltet wurde. Nunmehr berichtet der „Vorwärts“ (Nr. 80) über eine Versammlung der sozialdemokratisch organisierten Dachdecker:

Der Vorsitzende Höppler gab Bericht über den Stand der Tariffrage. Er theilte mit, daß der Innungsvorstand in der vorigen Woche nach einer heftigen Diskussion beschlossen hat, nun doch auf die Forderung, die Christlichen bei dem Tarifabschlusse mit dem Centralverband auszuscheiden, einzugehen, und sich bereit erklärte, die Verhandlungen am Montag wieder aufzunehmen. Da hiermit die Bedingung erfüllt ist, an der die Tarifverhandlungen bis jetzt gescheitert waren, ertheilte die Versammlung der Tarifkommission den Auftrag, weiter zu verhandeln und mit aller Kraft für den Abschluß eines vorteilhaften Tarifvertrages zu wirken. Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt dazu: Gegenüber dieser Behauptung sozialdemokratischer Gemaltheitschaff findet der „Vorwärts“ kein Wort des Tadelns. Sozialdemokraten, die so denken und handeln, haben das Recht verliert, gegen Unternehmer, die ihre Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation maßregeln, aufzutreten und Strafbestimmungen für diese Art von Terrorismus zu fordern. Was man selbst thut, kann man schlechterdings an Anderen nicht verurtheilen.

Delegirtenstag des Süddeutschen Ausbreitungsverbandes.

Abgehalten am 23. und 24. April zu Biberach. Einen kurzen Bericht gaben wir bereits in der Wochenschau unserer vorigen Nummer. Nachzutragen haben wir aus der dem Delegirtenstag vorausgegangenen Agitationsleiter-Konferenz, die am Schluß derselben angenommene Resolution:

Die unterm 23. April in Biberach zusammengetretenen Agitationsleiter besprachen in ihrer Konferenz in ausführlichster Weise die Verhältnisse unserer Organisation in Süddeutschland und legten nachstehenden Leitsätze fest.

Die Art der Agitation, wie sie heute von den Gewerkevereinen betrieben wird, bedarf einer entschiedenen Verbesserung. Das Hauptgewicht ist in Zukunft darauf zu legen, daß die Agitationsleiter Hand in Hand mit der Leitung des Ausbreitungsverbandes in der Agitation vorgehen, d. h. sich gegenseitig unterstützen.

Serner solle auf allen Delegirtentagen dahin gewirkt werden, daß überall unabhängige Leute angeheilt werden.

Die Neutralität innerhalb der Gewerkevereine ist unter allen Umständen hochzuhalten. Politisch und religiös soll sich jeder Kollege nach Bedürfnis betheiligen, soweit es dem Interesse des Gewerkevereins nicht zumiderläuft.

Auf dem am Abend des 1. Verhandlungstages, über welchen wir bereits berichteten, stattgefundenen Fest mit vorzüglichem Theaterpiel und einer zündenden Festsrede von Karl Goldschmidt sprach Frauäulein Becker den nachfolgenden von F. Rodenstiel verfaßten Prolog:

Willkommen hier im Schwabenland
Ihr Männer bieder, treu,
Wir reichen Euch die Bruderhand,
Geloben heut auf's neu:
Mit Euch zu stehen in Reich und Glied
Für Wohlfahrt kämpfen, Glück und Fried'.

Willkommen hier in unsrer Stadt,
Dem schönen Biberach, —
Von der man oft gelungen hat,
Es war 'ne schöne Sach' —
Nach Arbeit folg' Gemüthlichkeit,
So soll es sein zu jeder Zeit.
Was Ihr berathet, mög' zum Heil
Für's große Ganze sein.
Ein jedes Mitglied schaff' sein Theil,
Dann tritt für Alle ein:
Der Segen der Genossenschaft,
Ja, wirket fort mit Muth und Kraft.
In Einheit laßt zusammensteh'n
Uns stets für alle Zeit;
Das Wort wir dann vollendet seh'n,
Es frisch und froh gebeiht,
Durch Handschlag soll's bekräftigt sein,
Blüh' und gebeih' „Gewerkeverein“!

An den Verhandlungen des zweiten Tages nahm, als Vertreter der württembergischen Fabrikantensektion auch Herr Fabrikantenspektor Hanold theil. Hauptgegenstand der Verhandlungen war ein vom Vertreter des Centralraths, Kollegen Goldschmidt, Berlin, gehaltenes Referat über die Frage: „Wie sollen wir unsere Agitation einrichten, um sie erfolgreich zu gestalten?“ An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Keppeler, Cannstatt, Schuler, Rosenfelder, Bleicher, Keppeler-Schramberg, der Herr Gewerbeinspektor Hanold und der Arbeitersekretär Herr Fischer, Reutlingen. Die Verhandlungen endeten mit der einstimmigen Annahme der nachfolgenden Resolution:

Der Delegirtenstag des Süddeutschen Ausbreitungsverbandes, Oftern 1905 zu Biberach, richtet an alle Ortsvereine und Ortsverbände Süddeutschlands die dringende Aufforderung, eine lebhaftige Agitation zu entfalten zur weiteren Ausbreitung der Gewerkevereine. Der Ausbreitungsverband stellt hierzu seine Redner gerne zur Verfügung. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Herbeiführung von Tarifverträgen, muß mit aller Energie betrieben werden. Die hierbei von den Deutschen Gewerkevereinen vertretenen Grundzüge kommen immer mehr zur Geltung und erleichtern den Erfolg der Arbeiterbewegung. Die Presse aller volkfreundlichen Parteien wird aufgefordert, im Sinne dieser soliden Grundzüge die Sache der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung energisch zu fördern. An die Ortsvereine richtet der Delegirtenstag die Aufforderung, nur diejenige Presse zu unterstützen, welche auch die Gewerkevereine als eine wichtige Kulturbewegung objektiv würdigt. Alle Ortsvereine haben in allen Verhältnissen, in welchen sie vertreten sind, Vertrauensmänner zu ernennen, die darauf zu sehen haben, daß die Gewerkevereine in allen Fragen der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse mit ihrem Einflusse zur Geltung kommen.

Es wird beschloffen, als Beitrag zum Ausbreitungsverband 5 Bfg. pro Monat festzusetzen. Auf Vorschlag von Seig. Göggingen, welcher bisher die Geschäfte des Ausbreitungsverbandes führte, wird Kollege Bleicher-Augsburg einstimmig zum befohlenen Agitationsbeamten für den Ausbreitungsverband gewählt. Das Gehalt wurde auf 150 Mk. monatlich festgelegt. Die „Wacht“, welche bisher für Rechnung des Ortsverbandes Augsburg erschien, wurde auf den Ausbreitungsverband übernommen.

Die Wahl des Ausschusses ergab:
Frsz. Seig. Göggingen, I. Vorsitzender, F. Rieger-Augsburg, II. Vorsitzender, R. Jenzs-Göggingen, I. Schriftführer, N. Ett-Vechhausen, II. Schriftführer, Th. Vindermayer-Piersee, Kassirer, A. Egg-Augsburg und V. Ernst-Vechhausen, Beisitzer, W. Schuler-Augsburg, Revisor.

Als Vorort wird Augsburg bestimmt. Als Tagungsort für den nächsten Delegirtenstag empfiehlt Heuchel Roth und Weissenburg, und Weissenburg wird bestimmt. — Die Leitung für die Agitation in Württemberg übernimmt Kollege Fallscher-Ulm. — Unter Punkt Verschiedenes wird eine Sammlung zu einer Kranzspende für das verstorbene Mitglied Käser-Biberach vorgenommen.

Vorsitzender Seig spricht sodann dem Centralrathsvertreter auch den Biberacher Kollegen den herzlichsten Dank für das Gebotene aus und erwartet, daß alle thätig mitarbeiten. Mit einem Hoch auf die Gewerkevereine und auf Dr. Max Jirsch wird sodann der in allen seinen Theilen vorzüglich verlaufene Delegirtenstag 1/2 nach 6 Uhr geschlossen.

Mitteldeutscher Ausbreitungsverband.

Am ersten Ofterseiertag tagte der erste Delegirtenstag des am 7. Februar 1904 gegründeten Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes im Restaurant Brünhalla zu Halle a. S. Schon in frühestem Morgenstunde trafen die theilweise aus weiter Ferne kommenden Vertreter ihrer Ortsvereine hier ein. Vormittags 11 1/2 Uhr wurde der Delegirtenstag vom Vorsitzenden H. Herberger unter Begrüßung der Vertreter und Gäste, insbesondere des Centralrathsvertreters Hartmann, welcher der Versammlung als Berater beizuwohnen beauftragt war, eröffnet. Vertreten waren 35 Ortsvereine durch 42 Delegirte, die Ortsverbände Eisenach, Magdeburg und Zeitz durch je einen Delegirten. Der gedruckt vorliegende Thätigkeitsbericht wurde vom Schriftführer Holmeltin auf Wunsch vorgelesen und ohne wesentliche Monitas angenommen.

Centralrathsvertreter Kollege Hartmann überbrachte hierauf die Glückwünsche des Centralraths. Jedes Ausschussmitglied werde seine volle Schuldigkeit während dieses Probejahres gethan

haber
Sam
sein
er zu
und
ausg
insbe
boris
Maga
für
außer
sollen
Die
fam
einer
Bede
und i
„Gen
Antro
welch
Ausf
hat.
Kolle
etwas
nicht
Sach
gliebe
Schle
schle
daß
erlan
tag u
zufam
in der
zu Ho
hat v
dem I
ganda
Berlei
ar be
anstal
Erfolg
20 n
beite
liger
Arbeit
in der
Berat
Anwe
beson
Entgeg
Zusam
Ergeb
jeller
arbeit
sicht
auf g
und h
der Be
fam
sich
D. S.
eingef
glieber
daß die
Rassen
77 Bfg
Der O
theille
vom H
Streit
kraft
schäffen
sich
folgt
stait,
Referen
wohl g

haben, das erste Jahr sei aber nur dazu angethan gewesen, eine Sammlung zu erzielen; das zweite Jahr würde der Verband bestrebt sein müssen, seine Thätigkeit mehr nach außen zu entfalten und stellt er zu dieser die Beihilfe des Centralraths in sichere Aussicht.

Der gedruckt vorliegende Klassenbericht wurde für richtig befunden und dem Kassirer Müller Entlastung erteilt. Die vom Ausschuss ausgearbeiteten Statuten fanden beifällige Annahme der Versammlung, insbesondere, angesichts der an allen Ecken und Enden unser Nachbarschaft ausbrechenden Differenzen, die Bildung eines Streik- und Maßregelungsfonds.

Alljährlich soll zu Ostern der Delegirtenstag stattfinden, welcher für 1906 wieder in Halle tagen wird. Für den Ausschuss soll außerdem eine Geschäftsordnung ausgearbeitet werden. Die Statuten sollen in kürzester Zeit jedem Ortsverein in gedruckter Form zugehen. Die Wahl des Ausschusses wird einer späteren Ortsverbandsversammlung in Halle a. Saale überlassen.

Das Schwergewicht der Verhandlungen lag wohl auf Gründung einer eigenen Zeitung, zu welcher Kollege Spröde das Referat hatte. Bedenktend wurde die Zeitungsfrage in pessimistischer Weise auf, und verweist auf die Ausführungen seines Ortsverbandes im Organ „Gewerkverein“. Kollege Eibel-Altenburg-Naumburg reichte folgenden Antrag ein: Es wird eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, welche die Gründung einer eigenen Zeitung im Rahmen der heutigen Aussprache für den Ausbreitungsverband in die Hand zu nehmen hat. Der Kommission steht das Recht zu, mit den Magdeburger Kollegen in Verbindung zu treten, um eventuell für Mitteldeutschland etwas Einheitliches zu schaffen. Der Vorsitzende Herberger hält es nicht für unmöglich, mit den Magdeburger Kollegen gemeinsame Sache zu machen, und wird hierauf eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, die sich aus Eibel-Altenburg-Naumburg, Schröder-Schleuditz, Köpfer-Jena, Borrath-Leipzig und Schulze-Halle zusammensetzt. Bedenktend wurde die Wahl ab mit der Motivierung, daß er schon in Magdeburg in der Kommission sei. Den Schluss erlangte er in allen seinen Theilen wohlgeungene erste Delegirtenstag um 6 Uhr.

Nach Schluss trat sofort die Pressekommision zu einer Sitzung zusammen, in welcher folgender Beschluss gefasst wurde: Sobald sich in der in kürzester Zeit anzuberaumenden Ortsverbandsversammlung zu Halle a. S. der Ausschuss des Ausbreitungsverbandes konstituiert hat und die Vertrauensmänner gewählt sind, sollen sich diese mit dem Zeitungsprojekt beschäftigen und dafür in ihren Bezirken Propaganda machen. Auch soll der Ausschuss die Vertreter der einzelnen Vereine darauf hinweisen, ihre Thätigkeit in dieser Weise zu entfalten. Halle a. S., den 30. 4. 05. Wilh. Palmelin, Schriftführer. Albrechtstr. 121.

Gewerkvereins-Teil.

§ Breslau. Dem D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist es gelungen, in drei hiesigen Fabriken, der Maschinenbauanstalt Breslau, sowie den Fabriken der Herren Richter und Böhme erfreuliche Erfolge für die Arbeiter zu erzielen. Es haben Erhöhungen der Lohn- und Akkordsätze, sowie eine Herabsetzung der Arbeitszeit stattgefunden. Sämtliche Erfolge sind auf dem Wege gültiger Vereinbarung zwischen der Fabrikleitung und den Kommissionen der Arbeiter erzielt worden. Zur Befestigung des Resultats der Verhandlungen in der Maschinenbauanstalt Breslau fand im Buhl'schen Restaurant eine Versammlung statt, in welcher der Gewerkeinsbeamte Dornblith den Anwesenden die erreichten Verbesserungen zur Genehmigung bekanntgab, und besonders betonte, daß seitens der Fabrikleitung den Arbeitern ein erfreuliches Entgegenkommen gezeigt worden sei, welches für ein ferneres gedeihliches Zusammenwirken volle Garantie biete. Im Laufe der Debatte über das Ergebnis der Verhandlungen kam es zu einem scharfen Zusammenstoß einzelner Gewerkeinsmitglieder mit anwesenden Gewerkschaftlern vom Metallarbeiterverbande. Es gelang den Letzteren aber nicht, ihre ablehnende Ansicht durchzudrücken, die vom Gewerkeinsverein erzielten Erfolge wurden vielmehr als gute anerkannt. Der Gewerkeinsverein arbeitet in letzter Zeit sehr rührig und hat viele Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß ein stetes Wachstum der Mitgliederzahl zu Tage tritt. B. 3.

§ Leipzig (Schneider). Am 25. April tagte unsere Monatsversammlung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, macht der Vorsitzende Peter bekannt, daß unserem Ortsverein vom hiesigen Ortsverband 100 Mk. zur Unterstützung des Streiks bewilligt sind und der D.-B. der Schneider Halle hat ebenfalls 11,50 Mk. zur Unterstützung eingekandt, was dankend anerkannt wurde. Der Schriftführer verlas die Mitgliederliste und ermahnte hierauf die Mitglieder, dahin zu wirken, daß die Versammlungen besser besucht werden. Der Kassirer brachte den Kassensatzung zur Kenntnis: Einnahme 242 Mk. 64 Pfg., Ausgabe 237 Mk. 77 Pfg. Auf Antrag der Meosoren wurden dem Kassirer Entlastung erteilt. Der Ortsverbandsvertreter berichtete über die stattgefundenen Sitzungen und theilte mit, daß den Weisenfelder Schuhmachern ebenfalls 100 Mk. vom vom hiesigen Ortsverband zur Unterstützung überfandt wurden. Ueber den Streik der Schneider wird berichtet, daß die Kollegen nach einmütig und straff aushalten, da die Aussicht sehr günstig steht.

§ Nürnberg. Am 15. und 16. März fanden die Wahlen zu den Ausschüssen der Versorgungskasse statt. Der D.-B. städtischer Arbeiter sah sich verpflichtet, bei dieser Wahl ein Wort mitzusprechen. Es fand in Folge dessen am 12. März eine Ortsvereinsversammlung im Oberbainmarkt statt, die sich eines sehr zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte. Als Referent wurde Kollege Herzog gewonnen. Das Referat war sachlich und wohl gelungen. Es wurde beschlossen, daß der D.-B. der städtischen Arbeiter

(S.-D.) allein vorgehe. Nachdem nun auch von Seiten der Gewerkschaften die Hände lebhaft gerührt wurden, war man sehr gespannt auf das Resultat. Dieses wurde am 22. April bekannt gegeben. Es ist so ausgefallen für uns „günstig“, daß wir einen großen Sieg über die Gewerkschaften errungen haben. Es ist den Gewerkschaften, soweit uns bekannt wurde, bloß im städtischen Ostweil gelungen, ihren Kandidaten durchzubringen. Den Gewerkschaftern ist nun gezeigt worden, daß unser Ortsverein wohl im Stande war, die städtischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß ihre Angelegenheiten durch unseren Ortsverein wirksam vertreten werden. Durch den Hochmuth der Gewerkschaften hat diese Wahl einen dicken Strich gemacht. Wir aber möchten jetzt doch fragen, was sagt der „Vorwärts“ dazu? Muß er da nicht auch zu der Einsicht kommen, daß unser Ortsverein mehr denn 30 Mitglieder zählt?? Wir aber sprechen allen Arbeiter, die bei dieser Wahl ihre Stimme unseren Kandidaten gegeben haben, den besten Dank aus. Bei der bald bevorstehenden Wahl der Arbeiter-Ausschüsse muß uns der Sieg von Neuem gelingen.

Johann Freudenthaler, Schriftführer, Jakobstr. 48 III. § Noth i. Wahren, 1. Mai. In Folge von Lohnfreilichkeiten sind heute hier sämtliche Maurer in den Ausstand getreten. Die stattgefundenen friedlichen Verhandlungen mit den Unternehmern hatten keinen befriedigenden Erfolg. Zuzug von Maurern ist streng fernzubalten. D.-B. der Bauhandwerker.

Verbands-Teil.

Zweite Sitzung über die Sammlung für die streikenden Schuhmacher zu Weiskensfeld.

Vom 17. bis 30. April gingen folgende Spenden ein: Von den Ortsvereinen der Maschinenbau- und Metallarbeiter: Artern 13,00, Görlitz 40,00, Breslau V 2,80, Sommerfeld 7,05, Wittenberge 6,00, Labenburg 5,65, Tschirndorf 5,60, Halle 1 15,00, Müllmühl 4,40, Grabow 5,50, Bruchhausen 11 5,00, Grimmitzschau 8,70, Bremen 3,00, Steinwäh 4,60, Gannau 5,00, Leipzig V 20,00, Frintrop 10,00, Fabrik- und Handarbeiter: Berlin IV 2,40, Wittgenrod 5,00, Scherbeck 6,90, Dersfeldbrunn 5,00, Brandenburg 5,00, Brinkenau 5,65, Hohenhausen 10,40, Lederarbeiter: Eberswalde 4,00, Bitterfeld 3,05, Tischler: Berlin Königshald 3,10; Klempner und Metallarbeiter: Duedlinburg 9,00, Aue i. S. 2,10; Bauhandwerker: Regnitz 5,00; Stuhl-arbeiter: Chemnitz 12,00, Berge 14,30; Köpfer: Waldenburg 4,65; Bergarbeiter: Obermarlsh 7,10; Frauen und Mädchen: Leipzig-Bismarck 2,45. Zusammen Mk. 268,40; hierzu der Ertrag der ersten Duitzung mit Mk. 694,50, ergibt insgesamt Mk. 962,90.

Allen Genossen und Genossinnen für die thatkräftige Beihilfe unsern wärmsten Dank; zwar ist der Streik beendet, aber 100 unserer Weiskensfelder Kollegen sind bis jetzt nicht wieder eingestellt, selbige bedürfen noch weitere Unterstützung, und bitte ich diejenigen Verbandskollegen, in deren Händen sich noch Sammellisten befinden, selbige an mich einzusenden. Mit Gewerkeinsgruß

Berlin, den 1. Mai 1905. E. Rehl, Hauptkassirer.

Niederschlesisch-Lausitzer Ausbreitungsverband.

Vorstandssitzung zu Görlitz, 12. Februar, im Kronprinz. Entschuldig ist Nibel, unentschuldig Kunze. Auf Antrag des D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Siegersdorf wird Genosse Strohsfeld beauftragt, daselbst Vortrag zu halten. Der Delegirtenstag soll stattfinden am 14. Mai in Löwenberg i. Schlef. und wird beschlossen, den Centralrath zu ersuchen, einen Vertreter dahin zu entsenden. Der Thätigkeitsbericht wird vom Schriftführer zur Kenntnis gebracht und bis auf einige Verbesserungen angenommen. Es wird einstimmig beschlossen, den Ortsverband zu ersuchen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in welcher nur über Konsumwahlen referiert werden soll. Im Geschäftlichen theilt Genosse Händchen mit, daß der D.-B. der Bauhandwerker Alt-Warthau für die streikenden Tischler in Görlitz 8,90 Mk. eingekandt hat. Ferner zeigt der D.-B. der Tischler Vöbau i. S. an, daß er vom 1. Januar 1905 Mitglied des Ausbreitungsverbandes sein will. Genosse Schubert regt die Frage betreffs Schaffung eines Organs an und soll in den Vereinen darüber verhandelt werden.

Vorstandssitzung zu Görlitz vom 12. März im Kronprinz. Den Anträgen entsprechend wird Kollege Strohsfeld im D.-B. der Tischler am 28. März und im D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Rons am 31. März Vorträge halten. Vorsitzender Nibel giebt bekannt, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung der Bauhandwerker stattfindet. Genosse Strohsfeld berichtet über eine Unterredung mit dem Direktor der Siegersdorfer Werke wegen Maßregelung zweier Genossen vom dortigen D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter, das Resultat war, daß der Direktor versprach, den einen Genossen in 4 Wochen wieder einzustellen. Genosse Arnold ersucht diejenigen, die Anknüpfungspunkte mit hiesigen Malern haben, Material mitzunehmen. — Es erfolgt die Befestigung der Tagesordnung zum Delegirtenstage.

Vorstandssitzung zu Görlitz am 9. April im Kronprinz. Entschuldig ist Nibel, unentschuldig Kunze. Protokoll und Klassenbericht wurde zur Kenntnis gebracht und war nichts einzumenden. Der Kassirer wird beauftragt, die referirenden Vereine aufzufordern, bis zum 15. April ihre Beiträge zu zahlen, widrigenfalls dieselben gestrichen werden müßten.

Es wird einstimmig beschlossen, den Delegirtenstag zu ersuchen, daß das Geschäftsjahr des Ausbreitungsverbandes vom 1. April bis 31. März festgelegt werden möchte. Ferner, daß die Beiträge nicht mehr wie bisher von den Vertrauensmännern eingezogen werden, sondern daß der Ortsvereinskassirer die Beiträge selbst an den Kassirer des Ausbreitungsverbandes abfährt mit Angabe der Mitgliederzahl.

Genosse Arnold giebt bekannt, daß es dem Ortsverbande in Gemeinschaft mit dem Ausbreitungsverbande gelungen ist, einen D.-B. der großhiesigen Berufe von 18 Mitgliedern hierorts zu gründen. — In Tiefenort soll versucht werden, einen D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter zu gründen, Anknüpfungspunkte sind vorhanden.

Vorstandssitzung vom 23. April, im Kronprinz. Entschuldigt fehlt Kramer, unentschuldig Runge. Den Vorsitz führt Genosse Riedel. Die für den Delegiertentag bestimmten Tätigkeitsberichte des Arbeitsekretärs und des Schriftführers werden zur Kenntnis gebracht und bis auf einige Verbesserungen angenommen. Ferner wird nur gegen eine Stimme beschlossen, den Ortsverein der Schneider-Görlich aufzufordern, in seiner nächsten Versammlung einen anderen Delegierten zum Delegiertentag zu wählen. — Der D.-V. der Maschinenbauer Köbau beantragt zum 5. Mai einen Redner vom Ausbreitungsverband und wird Strohsfeld beauftragt, dasselbst das Referat zu übernehmen. — Eine Zuschrift vom D.-V. der Fabrik- und Handarbeiter Schönberg erregt allgemeines Erstaunen. Genosse Hänchen giebt bekannt, daß noch Geld für die Fischer Görlich bei ihm liegt, der Kassierer auch aufgefordert worden ist, dasselbe abzuholen, was aber nicht geschah. Es wird beschlossen, dasselbe dem Unterstützungsfonds zu überweisen. Auf Antrag Strohsfeld wird den streifenden Tapezierern in Görlich 10 Mk. aus dem Unterstützungsfonds überwiehen. R. Großer, Schriftführer.

* Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Folgende Ortsvereine haben die Beiträge fürs II. Quartal bis jetzt eingezahlt: Maschinenbauer Bromberg 15,60, Uedermünde 2,70, Witow 2,00, Bismar 3,10; Fabrik- und Handarbeiter Liebenbrünzow 2,20, Stolpmünde 4,50, Cäcilia 16,00, Mathis-Damitz 8,50; Fischer Laffan 1,20, 1,60, Thorn 6,00, Bromberg 1,00, Danzig 30,00; Schuhmacher Greifswald 1,00, Stolp 1,80; Schneider Danzig 6,80, Stettin 3,20; Maler Stolp 2,10; Bauhandwerker Greifswald 2,00; Cigarrenarbeiter Stettin 1,60; Töpfer Uedermünde 3,80; Frauen und Mädchen Greifswald 1,50. Summa 116,50. Hr. Callies, Kassierer, Stettin, Holzstr. 15; Eingang Eisenbahnstraße.

* Brandenburgischer-Ausbreitungsverband.

(Vorort Forst, Vaußl.) Protokollauszug der 9. Vorstandssitzung. Anwesend: Bierhub, Funke, Menel, Fischer, Borkenhagen. Genosse B. berichtet über angefangene Agitation in S. und wird voraussichtlich ein D.-V. der Schneider dort zu Stande kommen. Der D.-V. der Maschinenbauer Keula meldet Genossen Mar Wühle und die Vereine von Sommerfeld Genossen A. Kridde als auswärtige Vorstandsmitglieder an. Die Gewählten werden bestätigt und werden hoffentlich für unsere Sache gut agieren. Genosse K. berichtet, daß er die angefangene Agitation von Genossen M. weiter verfolgt und hofft, bald gute Nachrichten geben zu können. Ferner liegt ein schriftlicher Agitationsbericht von Genossen M. von den Monaten Februar und März vor, und wird derselbe mit Interesse entgegengenommen. Mar Bierhub, Vorsitzender.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (D.-D.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswaldstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — Sängerkorps der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) Jeden Donnerstag, Ab. 9 - 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. —

Sonnabend, 6. Mai. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I. Ab. 8 1/2 Uhr, Siebig's Lesäle, unterer Saal, Ad.-str. 67, Ortsversammlung. Berichtsberechtigungen u. Verschiedenes. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36a. Monatsbericht. Arbeitsangelegenheiten. Vortrag des Kollegen G. Scholt. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Mönch, Tellowerstr. 3. Zablabend. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Ab. 8 1/2 Uhr, Triftstr. 41 bei Junke. Vortrag über Schillers Leben und Wirken. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Ab. 8 1/2 Uhr bei Bluge, Birkenstr. 58. Vortrag. — Graph. Berufe und Maler I. Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Bismarckale, Neue Grünstr. 28. F.-D.: Generalratsprotokoll. Verschiedenes. Hilfskasse. — Klempner und Metallarbeiter I. Kottbuserstr. 4a. Vortrag d. Herrn Rechtsanwalt Grünspach: „Das Dienstverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach d. Gewerbeordnung“. — Sonntag, 7. Mai Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Vorm. 9 Uhr, Stettinerstr. 50 bei Herrn Schubert. Vortrag d. Kollegen Schumacher üb. die jüngsten Kämpfe in der Arbeiterbewegung und die Stellung unseres Gewerkschafts. Am 8. Mai, Abends 9 Uhr, Ausschussführung, Schweinmünderstraße, Ecke Vorpingstraße, bei Herrn Müller.

Halle a. S. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) Sonnabend, 6. Mai, Ab. 8 1/2 Uhr, im „Passage-Restaurant“ Diskuttierabend. — Magdeburg. Graphische Berufe u. Maler. Sonnabend, 6. Mai, Ab. 8 1/2 Uhr, „In den vier Jahreszeiten“, Ecke Kaiser- u. Wäpzigstraße. — Aischersleben. Fabrik- u. Handarbeiter. Sonntag, 7. Mai, Nachm. 4 Uhr Vers. im Vereinslokal (Hummel). F.-D.: Allgemeine Mitgaltederabstimmung über die Einführung des Fabrik- u. Handarbeiter als Vereinsorgan. — Nitzdorf. Klempner und Metallarb. Ab. 8 1/2 Uhr bei Gröpler, Bergstr. 147. — Friedrichsberg. Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr bei Bischer, Frankfurter Allee 165. F.-D. das. — Sommerfeld. Schneider. Montag, 8. Mai, Vereinslokal Restaurant „Germania“, Moränenstraße. — Holzweißig. Fabrik- u. Handarbeiter. Sonnabend, 13. Mai, Ab. 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal. F.-D. das.

Orts- und Bezirksverbände.

Fürstenwalde, Tyree (Ortsverband). Sonnabend, 6. Mai, Ab. 8 Uhr in der Philharmonie außerordentliche Versammlung. F.-D.: Antrag des Ortsverbandsaussschusses, laut § 55 des Ortsverbandstatuts und Verschiedenes. — Eintriedel (Ortsverband). Sonntag, 7. Mai, Nachm. 3 Uhr Ortsverbandversammlung in Lohgericht zu Herbstdorf. Zahlreiches Gedeihen ist Ehrensache. — Wühlheim, Nahe (Ortsverband). Sonntag, 14. Mai, Vorm. 10 1/2 Uhr im Restaurant zum lustigen Schneider in R. Broich komb. Ausschussführung. F.-D.: Die Wähligen d. Ortsvereinsaussschüsse gegenüber dem Ortsverbande. Sämtliche Ortsvereinsaussschüsse sind zu erheben verpflichtet. — Beck und Ungesend (Ortsverband). Sonntag, 14. Mai, Nachm. 3 Uhr beim Wirtsh. Gubad in Ruhdorf Ortsverbandversammlung. Referent Kollege Gieseler. — Lanban (Ortsverband). Sonnabend, 6. Mai, Monatsversammlung.

Kendungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Primkenau (Ortsverband). Gustav Zimmerling, Vorsitzender, Genietten-Hütte; Gustav Stahn, Sekretär, Primkenau, Töpferstr. 1 I; Adolf Kamsch, Kassierer, Primkenau, Breitestr.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Medizinalverband Berlin und Vororte. General-Versammlung am 14. Mai cr., Vormittags 10 Uhr, im Verbandsbureau, Greifswaldstr. 221/23. Tages-Ordnung: I. Kassen- und Revisionsbericht pro I. Quartal 1905. II. Geschäftliches. Der Vorstand. J. A.: G. Körner, N.O., Bögowstraße 28.

Soeben ist erschienen: Kraftprobe im Ruhrgebiet. Von Anton Erkelenz, Arbeitsekretär. Mit einem Titelbild von Thomas Theob. Heine. Der Verfasser bespricht den Streik im Ruhrgebiet und untersucht seine hauptsächlichsten Ursachen, skizziert den Verlauf desselben und übt darnach scharfe Kritik an dem Verhalten der politischen Presse im Streikrevier. Das Buch plädiert eingehend für eine religiös und parteipolitisch neutrale Arbeiterbewegung, die allein eine Einigung der verschiedenen Gruppen ermöglicht. Im letzten Theile spricht sich der Verfasser dann für eine Vertaatlichung des Bergbaues aus. Preis 80 Pf.

Zu haben in allen Buchhandlungen oder vom Verlag: Hb.-Verf. Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkschaften Düsseldorf, Zimmermannstraße 38 a.

Gratis-Broschüre über die neueste preisgekronte Methode zur sicheren Heilung von

Ohrenleiden

(Sausen, Schmerzen, Schwerhörigkeit, Fluß u. s. w.), von welcher vor kurzem der Kaiser Akademie der Wissenschaften berichtet wurde, versendet F. W. Troitzki, Leipzig-Co. No. 1863.

Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse des Gewerkschafts der Deutschen Konditoren, Pfefferkuchler und verwandten Berufsge nossen. (Eingeführte Hilfskasse Nr. 123).

Belanntmachung. Laut Verfügung des Polizei-Präsidenten zu Berlin vom 20. 4. 1904 beruft der Vorstand zum Dienstag, den 23. Mai 1905 eine außerordentliche Generalversammlung ein. Dieselbe findet in Berlin im königlichen Kasino, Holzmarktstr. 72, statt. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. J. A. des Vorstandes: S. Kaping, Kassierer.

Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine

(Hirsch-Dunder) und Herbergsverkehr befindet sich jetzt im Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswaldstr. 221/23. Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos. Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassirern Berlins. Zurreisende aus Verufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswaldstr. 221/23.

Günstiger Steinmetz. Gewerkschafter, per sofort nach Lübeck gesucht. Nähere Auskunft ertheilt Auet Büttling, Lübeck, Kupfergasse 11.

Heidelberg (Ortsverband). Geschenk 50 Bg. zu erheben bei G. Cabold, Kassierer, Schneidmühlstr. 4, von 12-1 und von 6-8 Uhr.

Künstlerische Ausführung Billigste Preise Vereinsfahnen. Chäppen. Fahnenbänder. Vereinsabzeichen etc. CARL NEFF'S Fahnenfabrik KUNSTTICKEREI Bib. BIBERACH Würtbg. Waldseersü.

GRATIS UND FRANKO. STATT ZUM PREISE VON 16 PFENNIG VERSENDEN WIR AN JEDERMANN: PROFESSOR DR. M. HAUSHOFER. WELCHE OEFENNT UND SICHERT SICH DER KAUFMANN? DAUERENDE STELLUNG? DR. P. LANGENSCHIEDT. GROSS-LECHTERFELD-GEST. BAHNHOFSTRASSE 3.